

X.

Die preußische Politik im spanischen Erbfolgekriege.

Von

C. v. Noorden.

J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik. Vierter Theil. Erste Abtheilung. Friedrich I König von Preußen. Leipzig 1867.

Seitdem nach dem Verfalle des mittelalterlichen Reiches sich die Wiedergeburt Deutschlands langsam aber unaufhaltsam im Staate der Hohenzollern vollzogen, hat Preußen zweimal erfahren, wie verhängnißvoll die Traditionen eines großen und bahnbrechenden Staatsmannes dem Staatswohle werden können, wenn gedankenlose und urtheilsbare Nachfolger dieselben überkommen und, weder fähig die inzwischen veränderten Bedürfnisse der inneren Landesverwaltung, noch die Verschiebungen der allgemeinen Weltlage zu würdigen, das Entschließen und Wirken des großen Vorgängers in möglichster äußerlicher Correctheit nachzuahmen suchen.

Von dem Unheil weiß Jeder zu erzählen, welches zu Anfang dieses Jahrhunderts unser Vaterland ereilte, weil die Epigonen Friedrichs II wähnten, mit der mechanischen Nachahmung des friedericianischen Systems auch die Bedeutung und Kraft des friedericianischen Staates festzuhalten. Ein nur zu ähnliches Seitenstück zu den Fürsten und Ministern, welche die Erbschaft des großen Friedrich überkamen, zu ihrer Gedankenarmuth und Entschlußunfähigkeit, zu ihren kleinlichen Cabalen und pflichtvergessenen Ränken bildet der Kreis

jener Persönlichkeiten, welchen der große Kurfürst seinen Staat, den ersten auf deutschem Boden gegründeten Staat hinterließ.

Mit kleinen Mitteln hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm eine ansehnliche Rolle in der Welt gespielt. Brandenburg hatte so viel unter ihm bedeutet, weil der Regent, welcher am Steuerruder saß, ebensowohl alle Anstrengungen des eigenen reichen und starken Geistes, wie alle Kräfte des Staates dem wahren Staatsinteresse dienstbar zu machen verstand. Er durfte von den Genossen der Staatsgemeinschaft die Pflicht der patriotischen Selbstverläugnung fordern, weil sein ganzes Leben eine Uebung in dieser höchsten patriotischen Tugend gewesen. Nicht vom Zufall überwältigt, sondern den Moment beherrschend, hatte er die ihm eignenden Mittel jedesmal im richtigen Augenblick unzersplittert auf den rechten Fleck geworfen. Mit Beharrlichkeit stets bedeutenden Zielen nachstrebend, hatte er, häufig aus der Richtung verschlagen, doch den Leitstern, nach welchem er den Lauf des Staatsschiffes richtete, niemals außer Augen verloren. Kaum hatte er die Augen geschlossen, als an der Stelle straffer Zucht und einheitlicher, von besonnenem Willen geleiteter Herrschaft ein fahrlässig taumelndes Regiment sich bequem und behaglich einrichtete. Sofort mit dem Tode des großen Kurfürsten kam dem Berliner Hofe das Bewußtsein der fürstlichen Pflicht und des fürstlichen Dienstes im Interesse der Staatsgemeinschaft abhanden; er verlor die sichere Ueberschau über die Bedürfnisse des Staates und die Conjuncturen der allgemeinen europäischen Lage. Der Herrscher selbst, als Herr und Gesellschafter wohlwollend und gutmüthig, als Charakter nichtig, gespreizten Selbstgefühles indessen allzuvoll, hatte nicht den sittlichen Muth seiner höfischen Umgebung voran die Launen des hochgeborenen Mannes dem Berufe des Regenten unterzuordnen. Nicht einmal in dem engeren Kreise der persönlichen Beziehungen, so oft es bei der Besetzung wichtiger Staatsämter zwischen dem geschmeidigen Günstlinge und dem fähigeren aber selbständigen Kopfe zu entscheiden galt, hätte er eine fürstliche Selbstverläugnung auszuüben vermocht; noch weniger wenn in den Fragen der auswärtigen Politik das Ansehen seiner Person mit den realen Bedürfnissen des Staates auseinanderging. So begehrlich und anspruchsvoll, daß die zeitgenössischen Staatsmänner Englands und Hollands über das im Berliner Schlosse ge-

führte Register preußischer Prätensionen spotteten, war der Nachfolger Friedrich Wilhelms doch unfähig zu einem selbständigen Entschlusse wie zu einer persönlichen Initiative. Ein gelegentliches Aufbrausen gegen ungebührliche Zumuthungen fremder Gesandten, eine zeitweilige Rebellion gegen die Vorschläge der eigenen Minister darf man nicht mit spontaner Geistesthätigkeit verwechseln. Nach wie vor blieb er ein Werkzeug in der Hand seiner Günstlinge. Gerade diejenigen Räthe durften am Sichersten auf die nachhaltige Gunst des Fürsten rechnen, welche am Zuversichtlichsten luftige Projecte als wahrscheinliche Erfolge vorzutragen wagten. Und wie man plante und Entwürfe schmiedete, auf die in diplomatischen Dingen so unentbehrliche Kunst der Verschwiegenheit verstand man sich am Berliner Hofe nicht. Von dem Eindrucke des Augenblickes ebenso rasch und leicht in Extasen der Freude wie der tiefen Bekümmerniß geschleudert, schüttete der Souverän allzu unbefangen seine wechselnden Empfindungen sogar den mitfühlenden Herzen seiner Hofdienerschaft aus [1]). Friedrich I war nicht gewissenlos, nicht unthätig; er war beflissen von allen Dingen Kenntniß zu nehmen; inmitten der rauschenden Festlichkeiten seines Hofes arbeitete er doch viel und mit regem Interesse. Aber er überschaute die Geschäfte nicht, über Einzelheiten verlor er den Eindruck des Ganzen aus den Augen; er selbst blieb am Geringfügigen, Nebensächlichen haften und gab die

1) Lintelo, der holländ. Gesandte in Berlin an Heinsius 6. December 1707. Heinsius Archiv. Haag. MS. Ich bemerke hier gleich zum Eingang, daß es außer der Correspondenz Bonets aus England und Grumbkows aus dem niederländischen Feldlager (beide im preuß. Staatsarchiv zu Berlin) vornehmlich die zum Zwecke eines größeren Werkes über die Geschichte des spanischen Erbfolgekrieges benutzten öffentlichen und Privat-Archive im Haag und in London gewesen sind, welche mich in den Stand setzten, an der Hand des neu erschienenen Bandes von Droysen noch Einiges über die preußische Politik im spanischen Erbfolgekriege beizubringen. Leider verbietet der beschränkte, einem einzelnen Aufsatz in der Zeitschrift gestattete Raum, auf einige interessante und verwickelte Fragen näher einzugehen oder aus dem herangezogenen archivalischen Material größere Stellen abzudrucken. Ich hoffe dies an anderem Orte nachzuholen.

Erledigung der Hauptfragen dem Glücksfalle preis. In Folge der Güte des Königs, berichtet der holländische Gesandte[2]), gerathen die wichtigsten Entschließungen am Berliner Hofe in die Hände von Parteien, die Entscheidungen werden nicht sowohl verständigem Urtheil und der Absicht des Königs gemäß, sondern je nach der Stärke und Schwäche der einander befehdenden Factionen gefaßt. Daher als Resultat der Berathungen so manchmal Entschlüsse und Compromisse zwischen schroff entgegenstehenden Ansichten, daher durchgängig eine Politik, welche häufig in der nächsten Stunde das Gegentheil von demjenigen in Ausführung bringt, was in der vorigen Stunde beschlossen worden. Nichts beweist deutlicher die geistige Schwäche dieses Fürsten, als daß er Jahr ein Jahr aus die widerstrebendsten, einander mit schmutzigen Intriguen bekämpfenden Parteien in seinem Cabinette duldete, sich selbst aber wechselnd bald von der einen bald von der anderen beherrschen ließ. Heute melden die auswärtigen Gesandten den unvermeidlich bevorstehenden Sturz des leitenden Ministers, morgen hat denselben eine ausgesuchte Schmeichelei oder eine kräftige Cabale seiner Anhänger fester als je gestellt. Kein Hof in der Welt sei schwerer zu behandeln als der preußische, klagt der englische Gesandte, „was man mit dem Könige vereinbart, stoßen die Minister um und umgekehrt" [3]). Von den Räthen, welche innerhalb der ersten zwei Jahrzehnte von Friedrichs Regierung eine entscheidende Stimme führten, hat nur der mit Undank belohnte Dankelmann neben mannigfachen Mängeln doch wenigstens einen aufrichtigen Patriotismus an den Tag gelegt. Sein Nachfolger Kolb von Wartenberg kannte jenseits der höfischen Atmosphäre kein staatliches Interesse. Erst seit dem Sturze dieses Günstlings, gegen den Ausgang der Regierung Friedrichs I hin begann mit dem wachsenden Einflusse Ilgens auf die auswärtigen Angelegenheiten, gleichzeitig mit den inneren Reformbestrebungen des Kronprinzen sich das Treiben des preußischen Hofes etwas weniger gedankenlos und selbstsüchtig zu gestalten.

Es versteht sich von selbst, daß eine Politik, welche nicht der

---

2) Lintelo in der oben angeführten Relation.

3) Lord Raby an St. John 20. December 1710. Record office London. MS.

gereiften Ueberzeugung, so und nicht anders das Beste des Staates zu erreichen, entsprang, weder muthig auf einem einmal ergriffenen Standpunkte ausharren, noch mit gelenkiger Wendung selbstvertrauend zu einem kecken Wagniß ausholen konnte. Begreiflich, wenn eine solche Politik, ungewiß über einen letzten Zweck ihrer Bestrebungen entweder sich in schwerfälligem Beharren auf ausgefahrenem Geleise gefiel oder unruhig und planlos die Kräfte des Staates hier und dorthin verwarf. Zwar fehlte es nicht an Lüsternheit nach den goldnen Früchten, welche ein entschlossener Einsatz gewinnen könnte, es fehlte nicht ein schwelgerisches Vorgenießen möglicher Gewinne, aber über ein eitles Kokettiren mit der Anstrengung und Gefahr, über ein fragendes Tasten und Aushorchen, ob der neue Weg nicht zu schwindelerregend und kniebrechend, gelangte man schließlich nicht hinaus. Auf den breiten Richtwegen der Politik Friedrich Wilhelms, des großen Vorgängers wandelte es sich doch am Bequemsten. Ein bestürztes Einhalten, ein zeitvergeudendes Ueberlegen nur dann, wenn der Fuß gelegentlich auf Stellen trifft, wo unterdessen ausgehauene Lichtungen wieder verwachsen sind, Bergstürze die Bahn verschüttet haben, oder wenn man von einzelnen Aussichtspunkten herab das Völkerleben sich auf fremden, kürzeren, in dem eigenen Handbuch noch nicht verzeichneten Straßen bewegen sieht. Dann läßt man sich wohl vom Zufall nach dieser oder nach jener Seite treiben, aber thatenscheu hält man bald wieder ein und greift zu dem Bekannten zurück; vereinsamt und verkümmernd zieht man auf verlassenen Umwegen weiter, während es nur ein kurzes Dickicht zu durchhauen galt, um zur saftigen quellenreichen Matte durchzubrechen.

Mannigfache Tendenzen hatte der große Kurfürst im Laufe einer langen Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik verfolgt. Um die Selbständigkeit seines Staates zu begründen und zu behaupten, hatte er vielmals seine Allianzen wechseln und durch manche Gegensätze sich hindurch winden müssen. Zwar kann man die vielfachen Richtungen, in welchen die Politik Friedrichs Wilhelms sich bewegte, auf einige wenige Grundzüge zurückführen: Vertheidigung des protestantischen Glaubens und der Selbständigkeit der kleineren Staaten gegen die Monotonie des religiösen und staatlichen Despotismus Ludwigs XIV, Beschirmung deutschen Wesens und des kai=

serlichen Hauses Habsburg als Repräsentanten deutscher National-einheit, Verwerthung jeder Verwickelung im Osten Europas zur Vergrößerung und Kräftigung des deutschen Staates Brandenburg, — es lassen sich die dem Kurfürsten gelegentlich durch die Macht der Umstände aufgedrungenen Nebenrichtungen und Haltpunkte, so die intermistische Allianz mit Frankreich, von dem eigentlichen Systeme seiner brandenburgischen Politik erkenntlich unterscheiden; aber schon bedurfte es eines starken, allzeit wachsamen Geistes, um jene parallel laufenden Grundtendenzen kräftig zu bemeistern, um die Energie und die Dauer des Druckes beurtheilen zu können, welchen man ohne Nachtheil für den Staat bald dieser bald jener Action zuwenden durfte.

Als nächste Erbschaft hatte Friedrich Wilhelm seinem Sohn und Nachfolger die Deckung der niederländischen Republik im Jahre 1688 hinterlassen. Die unmittelbare Folge der englischen Thronumwälzung war die Entzündung des zweiten Coalitionskrieges gegen Frankreich. Sowohl bei der Vertheidigung Hollands in jenen ereignißvollen Tagen wie bei dem Aufwand der gesammten brandenburgischen Streitkräfte gegen Frankreich war der Eifer Friedrichs, sich als der würdige Sohn seines Vaters zu erweisen, vollkommen an der Stelle. Nicht um die particularen Interessen Oesterreichs, Hollands oder Englands, sondern um den Bestand des Protestantismus in der Welt und um die Integrität des deutschen Reiches, um religiöse und nationale Fragen, um eine patriotische Pflicht handelte es sich damals. Es handelte sich um das eigenste Interesse des jungen norddeutschen, protestantischen Staates. Bei dem wehrlosen Zustande der Republik, bei dem Gebundensein des Kaisers im Türkenkriege, bei dem Parteikampfe innerhalb der großbritannischen Reiche kam es der guten Sache trefflich zu Statten, daß der Kurfürstliche Hof so völlig in den letzten Ideen Friedrich Wilhelms aufging. Eine vortheilhaftere Verwerthung der brandenburgischen Streitkräfte gab es damals nicht. Die nordischen Verfehdungen, welche Brandenburg niemals gleichgültig lassen durften, waren durch den Altonaer Vergleich einstweilen beschwichtigt. Acht Jahre hindurch harrte Friedrich als Genosse der Allianz im Kriege aus. Er durfte nicht klagen, weil er keinen Zuwachs an territorialer Macht aus dem

Kampfe davontrug. Denn für politische Ideen war man von Anfang an ins Feld gezogen.

Aber doch gab es, wenn der Kurfürst am Tage des Friedensabschlusses auf die vieljährige Kriegsepoche rückwärts blickte, mancherlei, was zu ernster Ueberlegung spornen mußte. Mannigfache Vorgänge während des letzten Keieges legten die Erwägung nahe, ob Brandenburg, ohne dem Staatswohl zu viel zu vergeben, noch einmal unter ähnlichen Verhältnissen in ein Offensivbündniß der großen Mächte gegen Frankreich treten dürfe. Um so wichtiger war eine derartige gründliche Erwägung, als man von gut unterrichteter Seite dem Ryswijker Frieden nur die Bedeutung eines Waffenstillstandes beilegen wollte.

Mit wie viel Undankbarkeit, Zurücksetzung und hämischem Neide fanden die Berliner Staatsmänner, wenn sie rückwärts rechneten, die opferwilligen Anstrengungen Brandenburgs von Jahr zu Jahr gelohnt. Wie kargte England, so freigebig um den niederländischen Aufwand des Jahres 1688 zu vergüten, wenn es Brandenburg zu entschädigen galt. Ueber jeden Pfennig der Subsidien, welche Friedrich bedurfte, marktete das englische Parlament. Endlich schien es nur bewilligt zu haben, um diese Subsidien auf die Liste derjenigen Verpflichtungen zu setzen, welche man nicht einzuhalten gedachte. Und Niemand anders als der englische König, der nahe Verwandte des kurfürstlichen Hauses, der sonst so gewissensstrenge Oranier lehrte das Parlament, daß man Brandenburg gegenüber sich ungestraft der bündigsten Versprechungen entschlagen dürfe. Auf die früher von Wilhelm empfangenen Zusagen hin, durfte Friedrich erwarten, durch den letzten Willen des kinderlosen Königs nicht nur in dem Rechtsanspruch auf sämmtliche, schon von älteren Testamenten seinem Hause zuerkannte oranische Fideicommißgüter bestätigt zu werden, sondern ebenfalls in den Besitz der von Wilhelm III erworbenen Herrschaften zu gelangen. Einem ansehnlichen Machtzuwachs hatte Brandenburg mit dem Heimfall der zahlreichen in Holland, Belgien, Frankreich und dem Reiche zerstreuten oranischen Domänen entgegenzusehen. Von europäischer Bedeutung würde der Heimfall der oranischen Festungen Grave, Breda und Willemstadt an die hohenzollernschen Fürsten geworden sein. Aber die ganze An=

wartschaft Brandenburgs warf der letzte Wille des englischen Königs über den Haufen, die älteren Testamente zu Gunsten der hohenzollernschen Verwandten stieß er um, und selbst den Rechtsanspruch Friedrichs auf die oranischen Fideicommißgüter machte er zum mindesten anfechtbar. Und dies war geschehen, während Brandenburg in engster Allianz mit Holland und England in den Niederlanden focht. Am Vorabend vor dem Beginn des spanischen Erbfolgekrieges war Wilhelm gestorben, um Friedrichs Hilfe werbend, indessen ohne das feindselige Testament geändert zu haben. Wie correct auch Wilhelm III vom einseitigen Standpunkte des holländischen Staatsmannes aus gehandelt haben mag, ein häßlicher Flecken auf seinem Andenken bleibt für uns doch der Betrug, welchen er zu Gunsten eines ihm mißliebigen Verwandten, des Prinzen von Nassau-Friesland dem eng verbündeten Hohenzollern spielte. Unwürdig bleibt zumal die zweideutige Weise, in welcher er aus Rücksichten gegen die niederländische Republik den brandenburgischen Fürsten um seine Ansprüche und den norddeutschen Staat um eine Stellung betrog, welche ihm dauernd das Schwert zum Schutze der niederländischen Republik in die Hand gegeben hätte.

Auch in Holland war, sobald die Heere Ludwigs XIV nicht mehr schreckten, der anfängliche Enthusiasmus für Brandenburg unter den Gefrierpunkt herabgesunken. Besorgniß vor den umfassenden oranischen Erbschaftsansprüchen des kurfürstlichen Hauses, Entsetzen über den kriegerischen und monarchischen Genius des Hohenzollernthums äußerte sich zuerst in kühler Zurückhaltung, bald darauf in feindseliger Verdächtigung. Und nun erst im Reiche! Nicht anders in dem letzten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts, wie bei jeder späteren Machterweiterung des preußischen Staates. Der gehässige Neid der größeren und mittleren Herren über das staatliche Emporkommen des *einen* Reichsfürstenthums, welchen Friedrich Wilhelm schon zur Genüge gekostet, brach unter dem schwächeren Nachfolger als geschäftige Feindseligkeit hervor. Wo es Brandenburg, den Ueberflügler, zu unterdrücken und nergelnd zu verkürzen galt, durfte der Kaiser eines selten einstimmigen Beifalls der Großen, Mittleren und Kleinen gewiß sein. Und wie endlich das kaiserliche Cabinet selbst gewillt war den brandenburgischen Beistand in der Stunde der Ge-

fahr zu vergelten, das hatte Kurfürst Friedrich an der während des zweiten Coalitionskrieges sich abwickelnden Schwiebuser Frage erfahren. Eine Gehässigkeit und Zweideutigkeit des Wiener Hofes in dieser Angelegenheit, von weit größerem Umfang als bisher bekannt war, hat gerade die Droysensche Forschung neuerdings ans Licht gebracht. Daß die österreichischen Staatsmänner heute wie gestern und morgen wie heute auch die äußersten Aufopferungen Brandenburgs für die nationale Sache nur als schuldigen Tribut registriren, sich höchstens über die zunehmende Leistungsfähigkeit des ketzerischen Reichsvasallen ärgern würden, dies hatte jedes Jahr des letzten Krieges Kurfürst Friedrich und seinen Räthen zum Verständniß bringen können.

Nicht länger als drei Jahre blieben die Friedensstipulationen von Ryswijk in Kraft. Dann trat mit der Eröffnung der spanischen Erbschaft und mit dem kaiserlich-holländisch-englischen Offensivvertrage vom 7. September 1701 wiederum die Frage, welche Partei Brandenburg ergreifen wolle, an den Nachfolger Friedrich Wilhelms heran. Wie ähnlich für die oberflächliche Beurtheilung, lagen in Wahrheit die europäischen Verhältnisse doch durchaus verschieden von den Conjuncturen des Jahres 1689. Zwar rüsteten wiederum dieselben großen Mächte im Bunde gegen Frankreich, und Wilhelm III stand wieder an der Spitze der Coalition. Zwar lautete wiederum die Parole Herstellung des europäischen Gleichgewichtes und Einschränkung der durch den Anheimfall Spaniens noch kolossaler angeschwellten bourbonischen Monarchie. Aber gegenwärtig war weder ein religiöses noch ein nationales Interesse durch die Waffen Ludwigs XIV unmittelbar gefährdet. Die Thronbesteigung Philipps von Anjou that der Integrität des Reiches keinen Abbruch. An dem Marke Oesterreichs zehrte kein Türkenkrieg, England war geeint und stark, Holland zum Kriege bereit. Wenn jede der verbündeten Großmächte ihre Pflicht erfüllte, war die Allianz auch ohne Hinzuziehung der kleineren Staaten der bourbonischen Monarchie gewachsen. Die Genossen der Haager Allianz mochten gute Gründe zum hartnäckigsten Kampfe um die spanische Erbschaft haben. Im Mittelmeer wie in den transatlantischen Gewässern sah sich der englisch-holländische Handel mit vollständigem Ruine bedroht;

Frankreich griff zur See nach demselben Prestige, welches seine Heere längst auf dem Continent behaupteten. Wie für England die Gewinne des spanisch-amerikanischen Handels, so galt für Holland zu Ausgang des 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts die Besetzung der belgischen Grenzfestungen gegen Frankreich als das höchste und wichtigste Ziel der staatischen Politik; alle Hoffnungen, alle Bestrebungen seiner Staatsmänner gipfelten in diesem einzigen Schlußpunkt. Noch deutlicher auf der Hand lagen die dynastischen Interessen des Hauses Habsburg. Für die Vereinigung Mailands, Neapels, Siciliens und der katholischen Niederlande mit den österreichischen Erbstaaten durfte der Kaiser alle noch übrigen Mittel seines Reiches, selbst das Silbergeräth seiner Kirchen aufwenden. Auch in dem ungünstigeren, vom Wiener Hofe anfänglich perhorrescirten Falle, daß die Seemächte die spanische Gesammtmonarchie dem jüngeren Sohne des Kaisers zuwenden würden, fand der dynastische Ehrgeiz des Hauses Habsburg doch reiche Befriedigung.

Die Handels- und Barriereinteressen der Seemächte hatten für Brandenburg keine Bedeutung, noch weniger aber die Steigerung der kaiserlichen Machtmittel. Schwer genug schon lasteten die jährlich sich wiederholenden Verfassungsübergriffe des Kaisers auf den deutschen Reichsfürsten, und die österreichische Mißgunst zumal auf dem Staate der Hohenzollern. Aller mahnenden Denkschriften des Kaisers unerachtet, welche die spanische Succession als eine nationale deutsche Frage auslegten, waren die süddeutschen Reichsstände anfänglich zu dem Beschlusse einer bewaffneten Neutralität zusammengetreten. Bei der geheimen Allianz der Wittelsbachischen Kurfürsten von Köln und Baiern mit Frankreich, bei der von Ludwig XIV genährten Spaltung des Reichsfürstenstandes über die hannöversche neunte Kur drohte an einer den Krieg mit Frankreich beschließenden Erklärung des Reichstages sich zunächst die Fehde im Reiche selbst zu entzünden.

So deutlich hatte man in Berlin die schiefe Position während des letzten Krieges empfunden, daß unter den Motiven, welche den Sturz Dankelmanns rechtfertigen sollten, seiner unfruchtbaren Vergeudung der brandenburgischen Streitkräfte im zweiten Coalitionskriege gedacht worden war. Frankreich, welches während des vorigen

Krieges kein verführerisches Angebot gethan, bot jetzt mit vollen Händen. Schon die bloße Zusage der Neutralität wollte es mit hohem Preise lohnen. Im Jahre 1689 hatten die nordischen Mächte an der Allianz gegen Frankreich theilgenommen, jetzt aber waren und blieben ihre Kräfte zu gegenseitiger Feindseligkeit entfesselt. Gewitterwolken thürmten sich im Osten auf und schon waren einzelne Schläge gefallen. Mit knapper Noth hatten die Seemächte noch einmal Dänemark den zermalmenden Waffen des jungen siegreichen Schwedenkönigs Carls XII entrissen. Aber zwischen Schweden und Rußland tobte der Krieg: kein Zweifel, daß Polen demnächst in denselben verwickelt werden, daß hart an den Grenzen des Herzogthums Preußen und schwerlich ohne Verletzung brandenburgischen Staatsgebietes die Rivalität zwischen August von Sachsen-Polen und dem Schwedenkönig zum Austrag gebracht werden würde. Auch abgesehen von den leidigen Erfahrungen aus dem vorigen Kriege lagen Gründe genug vor, um das Berliner Cabinet von einem zu ernstlichen Engagement im Westen abzumahnen.

Nicht etwa als ob man dem Beispiele Kölns und Baierns folgend, sich in den Sold und unter die Fahnen Ludwigs XIV hätte begeben sollen. In noch bedenklicherer Weise als durch die Allianz gegen Frankreich würden damit die Kräfte des Staates in Anspruch genommen worden sein. Zudem war Kurfürst Friedrich III, seit dem 18. Januar des Jahres 1701 König Friedrich I von Preußen, durch den Kronvertrag mit einem Hilfscorps von 8000 Mann an den Kaiser gebunden. Speciell zur Lösung der spanischen Erbfolgefrage war er mit dieser Truppenzahl verpflichtet. Außerdem hatte er sich stark gemacht für die kaiserlichen Anträge auf dem Reichstage einzustehen.

Wie übereilt es gewesen sein mochte, auf schleichenden Umwegen und unter beharrlichen Zugeständnissen den prunkenden Titel vom Kaiser zu ermarkten, während zwei große drohende Conflicte in Europa reichliche Gelegenheit bieten konnten, sich mit dem Hinweise auf Brandenburgs Wehrkraft aus eigener Machtvollkommenheit die Krone aufs Haupt zu setzen: der Schritt war nun einmal geschehen, eine Politik vollkommen freier Hand war Ehren halber nicht mehr möglich. Aber wie beträchtlich war doch die Kluft zwischen der

vertragsmäßigen Leistung an den Kaiser, dazu noch die Lieferung eines Reichscontingents von etwa 6000 Mann und zwischen der Ueberlassung aller kriegstüchtigen Truppen des Staates an die verbündeten Großmächte!

Nicht genug, daß der Berliner Hof seine Verpflichtungen gegen den Kaiser erfüllte, die Kriegserklärung des Reichstages durchsetzte und sofort 5000 Mann an England und Holland vermiethete, er drang in London, im Haag und in Wien darauf als selbständiger Genosse in die große Allianz aufgenommen zu werden. Zwar verlangte Friedrich dagegen von England einen Artikel zu Gunsten der preußisch afrikanischen Compagnie, bis zur Tilgung einer älteren Schuldforderung an Spanien bedang er sich die preußische Occupation des spanischen Gelderlandes aus, er forderte unter Anderem auch die Zusicherung einer Barriere zwischen Rhein und Maas zum Schutze der preußisch-rheinischen Territorien, doch die rundweg abweisende Antwort des englischen Ministeriums ernüchterte seinen Eifer nicht[4]). Obwohl noch der Gläubiger Englands aus dem früheren Kriege, nahm er doch keinen Anstand in neue Miethverträge zu willigen. Ungestüm fuhr er auf, als noch vor der eigentlichen Kriegserklärung an Frankreich der Tod und das Testament Wilhelms III die Treulosigkeit des Oraniers offenbarte, als dann die undankbare Eifersucht der Generalstaaten auch die fideicommissarischen Güter des Nachlasses in Verwaltung nahm und sogar den unbestreitbaren Heimfall der Grafschaften Moers und Lingen an Preußen versagte. Indessen, wie heftig die von der Scheelsucht der Holländer geschlagene Wunde schmerzte, wie bitter sich die Erörterungen zwischen dem preußischen Hofe und den holländischen Regenten gestalteten: dennoch eröffneten im Sommer 1702 preußische Regimenter im Dienste und an der Seite der Holländer den Krieg gegen Frankreich. Der Waffenverbrüderung der Truppen that es keinen Abbruch, als die gegenseitigen Reibungen wegen der oranischen Erbschaft bald so bedenklich wurden, daß Friedrich I sich dem englischen Mini-

---

4) Spanheim (preuß. Gesandter in London) an Marlborough 8. Januar 1702. Spanheim an Friedrich I 3. Januar 1702. Berliner Staatsarchiv. MS.

sterium zur Verfügung stellte, falls Königin Anna in einer Anwandlung des Mißvergnügens über die Republik herzufallen begehre[5]).

Schwerer vielleicht als die Schwierigkeit der Seemächte verwand der Berliner Hof den kränkenden Hochmuth der österreichischen Minister. Sie wiesen den Zutritt Preußens zur großen Allianz anfänglich mit der Bemerkung ab, daß der Kaiser die preußische Krone nicht als Verbündeten gleichen Ranges an seiner Seite dulden könne[6]). Doch König Friedrich I verwand auch dieses.

Alle solche Demüthigungen versüßte die Aussicht auf eine europäische Anerkennung der preußischen Königskrone beim demnächstigen Friedenscongresse. Wie spöttisch Wilhelm III bisher über den königlichen Titel Friedrichs geurtheilt, sofort nach der Thronbesteigung Philipps von Anjou hatte er die Republik gedrängt, „die Laune des Kurfürsten" zu befriedigen[7]). An der Spitze aller Forderungen, welche Preußen während des Erbfolgekrieges gestellt hat, figurirt die französisch-spanische Anerkennung der Königskrone. Ob man über dieselbe hinaus nicht noch weiter geschielt und Chimären verfolgt hat, welche nur in engster Allianz mit den Seemächten sich verwirklichen ließen? Gewiß ist, daß man ernsthaft die Eventualität ins Auge faßte, trotz aller Irrungen mit den Hochmögenden, sei es die Statthalterschaft, sei es auch nur das höchste militärische Commando der Republik davonzutragen. Ebenfalls von England aus durfte der preußische Resident Bonet wiederholt dem Könige die Möglichkeit erörtern, daß das englische Volk dereinst das erlauchte Haus Brandenburg auf den englischen Thron berufen werde. Eine Prophezeiung, daß König Friedrich drei Frauen ehelichen und zwei Königreiche erwerben solle, spielte am Berliner Hofe eine große Rolle[8]). Dem englischen Gesandten in Berlin fiel es auf, daß man sich so häufig und angelegentlich nach der Gesundheit des Kurprinzen Georg von

---

5) Raby an Hedges 2. Oktober 1703. Rec. off. London. MS.

6) Bartholdi aus Wien am 4. u. 15. Februar 1702. Berl. Staatsarch. MS.

7) Wilh. an Heinsius 10. December 1700. Hausarchiv. Haag.

8) Raby an Marlborough 11. April (ohne Jahr) Coxe papers Brit. Museum. MS.

Hannover erkundigte und dem Wahne nachhing, derselbe könne nicht zu Jahren kommen [9]).

Für das verschwenderische Treiben des Berliner Hofes waren zudem die Subsidien, welche die Seemächte zahlten, von nicht geringer Bedeutung. Derselbe Günstling Wartenberg, welcher aus guten Gründen den kostspieligen Zerstreuungen des Königs hilfreiche Hand leistete, begünstigte aus eben so kräftigem Grunde den Abschluß vortheilhafter Miethverträge. Ohne eine solche Hilfsquelle von außen hätte Friedrich entweder auf den Prunk seines Hofes oder auf die Vollzähligkeit seiner Armee verzichten müssen. Und jenen glaubte er seinem europäischen Ansehen, diese dem Andenken seines Vaters schuldig zu sein. Obschon er seine Truppen nicht zum Frommen des Staates zu verwenden verstand, setzte er doch, in diesem Punkte ein echter Hohenzoller, seinen Stolz darin, daß die Stärke der königlich preußischen Armee die von seinem kurfürstlichen Vater gehaltene Truppenzahl noch überbiete, In demselben Augenblick mußte Wartenberg seinen zahlreichen Gegnern zu erliegen fürchten, in welchem sein Unvermögen, die Liebhabereien des Fürsten in Hof und Armee zu befriedigen, eine unnachsichtige Untersuchung seiner Verwaltungspraxis heraufbeschwor. Von einer Betheiligung Preußens am nordischen Kriege ließen sich aber zunächst nur beschwerliche Kosten gewärtigen. Weder Polen noch Schweden befanden sich in der finanziellen Lage die preußische Cooperation mit vierteljährigen Zahlungen zu vergüten. So zwang den leitenden Minister schon der selbstsüchtige Wunsch seine Stellung zu behaupten, allen Gegenvorschlägen nüchterner Männer zu widerstehen, welche auf die jüngsten Erfahrungen gestützt, geringschätzig von den Knappendiensten Preußens im Gefolge der Seemächte redeten. Nach Droysens Ermittelungen dürfte es nicht unwahrscheinlich sein, daß Wartenberg auch persönlich sich seine Bemühungen in englischen Staatspapieren bezahlen ließ. Brandenburg gegen Frankreich, in kriegerischem Eifer allen übrigen Reichsständen selbst dem meist interessirten Kaiser voran, — das war die Position, welche der norddeutsche Kriegsstaat unter dem großen Kurfürsten mit Unterbrechung weniger Jahre

---

9) „Your Grace can guess the rest" schließt Rabys Bericht.

eingenommen hatte. Ohne Zögern hatte man dieselbe wieder ergriffen.

Aber gleicherweise wie den Gegensatz gegen die katholische Militärmonarchie Ludwigs XIV geboten die Traditionen des großen Kurfürsten auch ein scharfes Aufpassen, daß in dem nordischen Staatensysteme keine Verrückungen des Machtverhältnisses ohne Mitsprache Preußens stattfänden. Man erinnerte sich, wie Friedrich Wilhelm während eines Krieges der nordischen Mächte Angebote von beiden Seiten empfangen, mit der Entscheidung gezögert, bald hier bald dort mit seiner Hilfe eingesetzt, durch die Künste der Diplomatie einen unschätzbaren Preis errungen und endlich mit seinen Regimentern das Gleichgewicht im Norden und die deutsche Waffenehre hergestellt hatte. Unvergessen war am Berliner Hofe der Rechtsanspruch auf Vorpommern und die Eröffnung der Ostseeküste geblieben, man hatte Ansprüche auf Elbing, neuerdings noch von August II bekräftigt, man würdigte sehr wohl den Werth, welchen die Erwerbung Westpreußens für die Abrundung des preußischen Staates im Osten bieten würde. Nicht nur die Furcht, durch den schon im Jahre 1700 wieder losgebrochenen polnisch-schwedischen Krieg in unfreiwillige Mitleidenschaft gezogen zu werden, auch eine richtige Erkenntniß von der Bedeutung dieser Händel für den Einfluß Preußens im Nordosten, vornehmlich aber die Begehrlichkeit, von den nordischen Wirren zu profitiren, trieb das preußische Cabinet, sich gleichzeitig mit dem Hinzutritt zur großen westlichen Allianz auch in diese Angelegenheiten zu vertiefen.

Wenn Preußen, durch ältere Verträge um die Vortheile einer völligen Neutralität im Erbfolgekriege gebracht, sich im Westen und Süden nur mit 14000 Mann, seiner pflichtmäßigen Hilfe an Kaiser und Reich betheiligt hätte, so wäre ihm immer noch eine hinreichende Truppenmacht geblieben, um wie Friedrich Wilhelm im richtigen Moment zur Action hervorbrechend, ein entscheidendes Gewicht in die Wagschaale des nordischen Krieges zu werfen. Die diplomatische Rührigkeit den nordischen Cabinetten gegenüber hätte einen vernünftigen Grund und einen kräftigen Hintergrund gehabt. War der Würfel indessen einmal nach einer anderen Richtung hin gefallen, hatte man entschieden nach und nach das Gros der preußischen Armee der Coalition zur Verfügung zu stellen, so galt es ohne Seiten- und Hintergedanken nicht

nur die militärischen Kräfte, sondern auch alle Aufmerksamkeit der Diplomatie dieser einen Aufgabe zu widmen. Bei weitem nicht mächtig genug, um gleichzeitig auf beiden Polen des lang ausgespannten Staatsgebietes eine kräftige Action auszuüben, mußte man in diesem Falle sich den polnisch-schwedischen Händeln gegenüber, auf eine würdige Defensive beschränken. Dem Beispiele des Herzogs von Savoyen seit seinem Bruche mit Frankreich folgend, galt es mit rücksichtsloser Ergebenheit, mit allen Forderungen, Hoffnungen und Gefälligkeiten sich an einen der großen Verbündeten und zwar bei dem natürlichen Gegensatze zu Oesterreich und Holland an England anzuklammern. Man würde auch bei solcher Politik, wie wenig sie ursprünglich durch das preußische Staatsinteresse bedingt sein mochte, wahrscheinlich einen beträchtlichen Gewinn davongetragen haben.

Zu ihrem Unheil hielt die preußische Diplomatie unter Friedrich I noch eine mittlere Richtung zwischen den augenscheinlichen Gegensätzen staatsmännischer Entschließung für möglich. Sie begab sich durch eigene Wahl in die Lage, elf Jahre hindurch, wie Droysen es so kurz und treffend charakterisirt, im Westen Krieg ohne Politik und im Osten Politik ohne Armee zu treiben.

Durch die Ereignisse an der östlichen Grenze und namentlich durch das Bewußtsein selbstverschuldeter Schwäche diesem Orkane gegenüber in beständiger Spannung und Aufregung gehalten, versäumte die preußische Staatskunst die günstigen Chancen zu benutzen, welche einem gewandten und entschlußfertigen Staatsmann sich während der mehrfachen Reibungen im Schooße der Allianz und endlich während der Auflösung derselben im Westen boten. Zugleich verminderte man durch die schielenden Blicke nach Osten, durch die wiederholte Ankündigung demnächst in die nordischen Verwickelungen einzugreifen die Sympathien der großen gegen Frankreich ringenden Mächte; man weckte den Argwohn und die Besorgniß der Verbündeten und setzte sich übermüthig strafenden Zurechtweisungen von ihrer Seite aus. Ohnehin schon vom Kaiser und den niederländischen Regenten mit unverhohlener Mißgunst behandelt, gab man Oesterreich und Holland einen Rechtsgrund zur Beschwerde und lähmte das Interesse des minder scheelsüchtigen Englands, dem Staate, der seine Dienste

nur unmuthig und murrend der gemeinen Sache geopfert, noch über den pflichtmäßigen Truppensold hinaus einen Entschädigungspreis beim Frieden zu bezahlen. Vollends verächtlich aber mußte den kriegführenden Mächten im Osten eine Politik erscheinen, welche man bei all ihrer Geschäftigkeit und Begehrlichkeit, bei all ihren Erbietungen zur Mediation und Intervention doch durch das Band von Allianz- und Subsidienverträgen und durch die noch hemmendere Fessel der schleppenden Gewöhnung mit fast sämmtlichen disponibeln Mitteln an ein anderes Kriegstheater gebunden wußte.

Der richtige Zeitpunkt zum Eintritt in die nordischen Verwickelungen wäre im Frühling des Jahres 1702 gewesen, ehe sich in der Schlacht van Clissow das Schicksal Augusts entschied. Als das preußische Cabinet, lüstern nach einem Stück polnischer Beute im folgenden Jahre die Allianzunterhandlung mit Karl XII eröffnete, gab dieser zu verstehen, daß Schweden das preußische Bündniß keines hohen Preises mehr werth erachtete. Obschon der Vertrag, in dessen Präliminarien Friedrich sich verpflichtet hatte, die Waffen gegen Polen zu ergreifen, falls die Republik für ihren König Partei nähme [10]), nicht zum Abschlusse kam, mußte das Berliner Cabinet doch eine englische Strafnote über seine freundschaftlichen Beziehungen zu Schweden einstecken. Dieselben verursachten in England „Ombrage", ließ man dem preußischen Hofe von London aus melden. Voll Unmuth über die Knauserei Karls XII versuchte Friedrich dann sein Glück in Unterhandlungen mit August von Polen. Es ließ sich hoffen, daß dieser Fürst, den völligen Ruin' seiner eitlen Herrschaftsträume vor Augen, in jede Abkunft willigen werde, welche ihm einen Theil der Republik zu souveränem erblichem Besitze zusicherte. So entsprangen mit Augusts Zustimmung schon in jenen Jahren die ersten Pläne zur Theilung Polens, von der preußischen Regierung mit Befriedigung aufgenommen. Wenn Schweden, Rußland, Friedrich von Preußen und der polnische König über den Handel einig geworden wären, würde die Republik sich damals so

---

10) Artikel 4: si respublica Poloniae se declararet in favorem sui regis contra regem Sueciae etiam Rex Boruss. se contra Rempublicam declarabit. Raby an Hedges September 1703. Rec. off.

wenig wie später haben widersetzen können. Weiter handelte es sich um ein preußisch-polnisches Bündniß gegen Schweden. Aber da Karl XII gelobt, den Krieg in Polen erst mit der Einsetzung und Anerkennung Stanislaus Lescinskis als König von Schwedens Gnaden zu beendigen, mochten die Seemächte noch weniger von einer preußisch-polnischen, wie von einer preußisch-schwedischen Allianz hören. Vielleicht nicht mit Unrecht behaupteten sie, daß eine solche Abkunft das größte Unheil in Scene setzen werde, welches die Coalition gegen Frankreich bedrohen könne: die Verständigung Karls XII nämlich mit Ludwig XIV. Wie aus der Correspondenz zwischen Marlborough und Heinsius hervorgeht, gab es für die englischen und holländischen Staatsmänner kein schreckenderes Gespenst, als diese allzeit besorgte, oft durch alarmirende Gerüchte ausgesprengte Verständigung des unberechenbaren Schwedenkönigs mit dem Versailler Hofe. Als nächste Folge davon fürchtete man die Verschmelzung des nordischen mit dem französischen Kriege zu einem einzigen Drama und den Einbruch des Schwedenheeres in den Rücken der Alliirten. Karl XII deßhalb auch in seinem dictatorischen Uebermuth mit keinem bittern Worte zu reizen, jedem Anlaß zur Reibung sorgfältig vorzubeugen: das war das Programm, über welches Marlborough, der Chef der englischen Kriegspolitik, sich ausreichend mit Anton Heinsius, dem leitenden Minister Hollands, verständigt hatte. Preußen in seiner Ausdehnung vom Rheine bis zum kurischen Haff versah, während die Völker im Westen wie im Osten miteinander rangen, die Stelle des Isolators zwischen den diesseitigen und jenseitigen Entladungen. Wenn Preußen mit Schweden in Kampf gerieth, mußten die Seemächte gefaßt sein, die nordischen Händel neben den ihrigen am Rheine und an der Maas auszukämpfen.

Mochte Friedrich I deßhalb noch so lebhaft über die schwedische Besetzung Elbings und die Umschließung Danzigs grollen, mochte er sich bereit finden, einem Antrag Augusts zur Theilung Schwedens Gehör zu geben: bei jedem Schritte nach dieser Richtung hin stieß er sofort mit einem kategorischen Verbote der Seemächte und des Kaisers zusammen. Kaum hatte der Berliner Hof den Schutz Danzigs, welcher den Seemächten nicht minder wie Preußen am Herzen lag, Karl XII gegenüber übernommen, als England und Holland

sich dazwischen warfen. Um ein Zerwürfniß Preußens mit Schweden zu verhüten, drängte England die Stadt Danzig sich wie widerwillig auch immer unter die Obhut der mit Karl verbündeten polnischen Conföderation zu begeben.

Man fragt nach den Erweisen der Erkenntlichkeit, welche Preußen während der ersten Jahre des französischen Krieges von den hohen Verbündeten für seine erzwungene Passivität im Norden erntete. Auf seine Forderung, daß England ihm die Herausgabe der unter französische und spanische Herrschaft gerathenen oranischen Hausgüter beim Friedensschlusse garantiren möge, erhielt Friedrich eine bedingungslos verneinende Antwort. Sein Antrag, am Mittelrhein ein selbständiges Corps unter einem eigenen preußischen Feldherrn aufstellen zu dürfen, welches er ohne weiteren Subsidienentgelt auf 25000 Mann bringen wollte, ward in den Jahren 1702 bis 1705 wiederholt abschläglich beschieden. Im Jahre 1705 hatte der Herzog von Marlborough diesen Vorschlag gebilligt [11]). Zu nicht geringem Nachtheil der Campagne hintertrieben holländischer Eigensinn und kaiserliche Eifersucht die Ausführung. Erkenntlich trat schon während der ersten Jahre des Krieges die Absicht der Verbündeten hervor, Preußen nur als Vasallen der Allianz, den preußischen Staat lediglich als Lieferungsmagazin für feldtüchtige Truppen zu behandeln. Ging der Kaiser mit solcher Auffassung voran, so folgten die Holländer und die Whigs in England nur zu bereitwillig. Je mehr die Whigs das Steuer des englischen Staatsschiffes und die Leitung der Coalition in die Hände faßten und sich die anfänglich torystisch gesinnte Familienverbindung Marlborough-Godolphin unterwarfen, um so mehr hatte Preußen eine rücksichtslose Zurücksetzung zu verwinden. Denn die Zärtlichkeit dieser Parteimänner für die niederländische Republik kannte keine Grenzen. Die Gewinne der jährlichen Kriegsanleihen füllten die Taschen der Wohlgesinnten in England mit Hunderttausenden. Diese Ernten hörten auf, sobald die Erkaltung des holländischen Kriegseifers auch England den Frieden aufzwang. Wie hätte daher die Whigjunta zugeben dürfen, daß die

11) Spanheim an Friedrich I 23. Januar 1705. Berl. Staatsarch. MS.

Republik durch ein zu selbständig emporkommendes Preußen in Besorgniß gesetzt werde!

Und nicht einmal durfte Preußen, angesichts der Gefahren, welche von Osten her unseren Staat bedrohten, auf eine schützende Fürsorge der Seemächte rechnen. Nicht einmal dieser Dank für die aufgezwungene Neutralität! Vergebens verlangte Friedrich, durch England von einer bergenden Allianz mit Schweden zurückgehalten und um die Fortschritte und Entwürfe Karls XII besorgt, die Berufung einer Conferenz, welche die Einschränkung des Schwedenkönigs berathen sollte. Höchstens „zum Schein" meinte der englische Gesandte, um Friedrich hinzuhalten, sei es vielleicht wünschenswerth, eine solche Conferenz zu versammeln [12]. Auf der anderen Seite ward August II durch die Schwächlichkeit der preußischen Politik ermuthigt, auf eigene Hand eine Verständigung mit Karl XII zu versuchen. Er wäre bereit gewesen die Republik Polen mit Stanislaus zu theilen und Letzterem zur Entschädigung die Provinz Ostpreußen zuzuwenden [13]. Um seiner Sicherheit willen sah Friedrich I sich genöthigt, schon im Jahre 1704 aufs Neue mit Schweden anzuknüpfen. Um Karl an die Aufrichtigkeit Preußens glauben zu machen, theilte die Berliner Regierung ihm alle von August und dem russischen Czaren einlaufenden Anträge mit. Doch konnte Friedrich sich weder entschließen, mit der Anerkennung von König Stanislaus Preußen den vollen Dank Karls XII zu verdienen, noch vermochte er sich der Hoffnung zu entschlagen, von August und seinem russischen Verbündeten gelegentlich noch ein besseres Angebot, als von dem kargenden Schwedenkönig zu gewinnen. So compromittirte man sich unaufhörlich und erwarb sich weder auf der einen noch auf der anderen Seite Achtung und Anerkennung. Und unterdessen hatten die Seemächte Sorge getragen, Preußens nordischer Allianzpolitik noch entschiedener den Charakter phrasenhafter Spiegelfechterei aufzuprägen.

Im Spätherbst 1704 war Marlborough nach Berlin gekom-

---

12) Raby 7. November 1704. Rec. off. MS.

13) Droysen S. 284.

men, um ein neues Corps preußischer Truppen, 8000 Mann stark, zur Unterstützung des hartbedrängten Herzogs von Savoyen anzuwerben. Oesterreich war nicht im Stande seinen Verpflichtungen gegen den heldenmüthig kämpfenden Herzog nachzukommen. An Stelle von einer Truppe französischer Refugiés, Waldenser und protestantischer Schweizer, zusammengewürfelter Abenteurer, welche die Holländer für Victor Amadeus anwerben wollten, hatte der englische General die vielversprechenden Leistungen einiger preußischen Regimenter auf italienischem Boden ins Auge gefaßt. Die Seemächte sollten den Sold, der Kaiser das Brod für den Unterhalt der Truppen übernehmen. Nachdrücklich empfahl der englische Gesandte in Berlin seiner Regierung diesen Vorschlag. Er erblickte in dem Abschlusse eines solchen Vertrages das sicherste Mittel, um die preußische Krone von einer unerwünschten Betheiligung an den nordischen Wirren abzuhalten.

Es galt den preußischen König zu bethören, die preußische Regierung zu einem neuen, den Staatsinteressen widersprechenden Schritte fortzureißen. Zur Vollführung dieser Aufgabe hätte die Coalition keinen geeigneteren Mann als den Herzog von Marlborough nach Berlin senden können. Als vollendeter Hofmann, jeder eitlen Grille des ceremoniellsüchtigen Monarchen sich schmiegend, vorsichtig aushorchend, die gefährlichen Klippen der Berliner Parteiung vermeidend, für Jeden ein gefälliges Wort auf der glatten Zunge, mit dem Zauber seiner Rede alle Hörer verstrickend, appellirte er an die Weisheit, den Tiefsinn, die Erhabenheit, die Bundestreue, den glorreichen Eifer der preußischen Majestät und pries Friedrich I und seine Leistungen gegen Frankreich als den Glanzpunkt der Allianz. Und es war nicht nur der große englische Hof- und Staatsmann, der Freund Königin Annas, welcher dem preußischen Monarchen die Zumuthung stellte, sich angesichts der Gefahren und Aussichten im Osten von weiteren 8000 Mann feldtüchtiger Truppen zu trennen: derselbe Marlborough, welcher zu Friedrich redete, war der erste zeitgenössische Feldherr, der militärische Chef der Coalition, der Erretter Süddeutschlands, der ruhmgekrönte Sieger von Höchstädt, es war der General, welchen ganz Europa bewunderte. Unter seiner Leitung hatte, wie Marlborough schon brieflich dem Könige

gepriesen, die Tapferkeit und Ausdauer preußischer Truppen den glorreichen Sieg an der Donau entschieden. Nun in der Stunde äußerster Gefährdung des Kriegsganges in Italien stellte Marlborough die Opferwilligkeit des Königs auf die Probe, beschwor die alten Traditionen der preußischen Politik herauf. Seine Schmeicheleien waren nicht vergeudet; der polnische Kronschatzmeister, der gleichzeitig mit Marlborough in Berlin anwesend, ebenfalls um preußische Regimenter feilschte, vermochte nicht gegen den Engländer aufzukommen. Bald durfte Lord Raby rühmen, daß durch die Entsendung des preußischen Truppencorps nach Italien die nordische Politik des Berliner Hofes im Keime erstickt werde.

Abgesehen von der militärischen Entblößung des Staates in bedenklichen Zeitläufen, abgesehen von den Aergernissen über die nordischen Angelegenheiten, hätte die Berliner Regierung triftige Gründe gehabt, den Antrag Marlboroughs mit Unwillen abzuweisen. Holländische Commissare verzehrten in behäbigem Müßiggange die Einkünfte der ungesonderten oranischen Erbschaftsmasse. So gelassen und gleichgültig, als ob der König von Preußen im Inneren Batavias throne, legten die niederländischen Regenten die Drohnoten des Berliner Hofes zu den Akten.

Zur Erleichterung des Kaisers ward das Hilfscorps nach Italien geworben. Aber man hatte in Berlin Ursache genug über den Kaiser ebenso ungehalten wie über Holland zu sein. Auf Andringen der Seemächte, persönlich widerstrebend hatte Friedrich I für Leopold die Mediation mit Max Emanuel von Baiern übernommen. Ein erstes Mal war die preußische Unterhandlung durch einen Systemwechsel des Wiener Hofes durchkreuzt; ein zweites Mal war Preußens Mediation brüsk abgebrochen, und die Geschäftsführung einem kaiserlichen Specialbevollmächtigten übertragen worden [14]). Eine Subsidienmahnung des reichsfürstlichen Vasallen zu Anfang des Jahres 1704 hatte der Kaiser nicht einmal einer Antwort gewürdigt [15]).

14) Am Eingehendsten über diese preußisch-baierischen Unterhandlungen die Depeschen der holländischen und englischen Gesandten, Hamel Bruyninx und Stepney aus Wien.

15) Raby 16. Februar 1704. Rec. off. MS.

Zum Danke für die Leistung preußischer Truppen, als es bei Höchstädt sich um die Deckung der österreichischen Erbstaaten gehandelt, bewies die Wiener Politik sich in allen Reichsfragen, welche Preußens Interesse berührten noch schwieriger als zuvor und suchte den Antheil Preußens an dem Erlös der Winterquartiere so tief als möglich herabzudrücken.

Und ließ sich vielleicht Besseres von der Gefälligkeit Englands rühmen? Nicht geringe Forderungen hatte der Berliner Hof dem Herzog von Marlborough bei seiner ersten Anfrage entgegengehalten. Nicht nur, daß man von der englischen Regierung einen Schiedsrichterspruch in der oranischen Erbschaftsfrage, die Garantie für den Heimfall Neufchatels und Valengins und die Anwartschaft auf das Oberquartier von Geldern verlangte, man forderte, daß die Seemächte vor Anbruch der nächsten Campagne den Frieden im Norden herstellen sollten. Man begehrte sogar Aufschluß über das dazu verwendbare Truppencorps und die Zusage einer Flottensendung ins baltische Meer [16]). In seiner Antwort vom 24. November 1704 sagte Marlborough das Brot für den Unterhalt der Truppen und die Deckung der Subsidienrückstände aus dem vorigen Kriege zu; er betheuerte die Bereitwilligkeit seiner Regierung, den nordischen Krieg vom deutschen Boden fernzuhalten, aber gewährte kein einziges Zugeständniß politischen Charakters. Ueber höflich ausweichende Redensarten ging er nicht hinaus. Ein Berliner Brief des Herzogs an Heinsius spottet über die fünfzehn preußischen Forderungen, welche die englische Regierung nichts angingen. Seine Verlegenheit mag keine geringe gewesen sein. Welche Zumuthung, daß England sich um der preußischen Erbschaftsansprüche willen mit der Republik überwerfen oder den Kaiser zwingen sollte, einen Theil der in Kurbaiern und Kurköln erhobenen Contributionen dem Berliner Hofe zufließen zu lassen! Auch als das preußische Cabinet in einer zweiten Vorlage verschiedene Forderungen fallen ließ, andere herabstimmte und die bewaffnete Mediation der Seemächte im Norden in eine

---

16) Brouillon Ilgens vom 6. November 1704 und Minute der Marlborough schriftlich vorgelegten Forderungen. (Delivré à Mylord Duc à Berlin le 23. November 1704. Berl. Staatsarch. MS.)

Garantie für die Integrität des Herzogthums Ostpreußen wandelte[17]), blieb Marlboroughs zweite Entgegnung so ausweichend und nichtssagend wie die erste. Der Rathspensionär von Holland hatte sich geweigert, die Garantie gegen einen Einfall der Schweden in Preußen zu übernehmen[18]). Trotz alledem entschloß sich Friedrich I das erbetene Hilfscorps nach Italien zu senden.

Vergebens hätte man dafür ein anerkennendes Wort von Seiten des Wiener Hofes erwartet. Auf Grund des Kronvertrages forderte der Kaiser vielmehr ein weiteres unentgeltliches Hilfscorps von 4000 Mann. Marlborough mußte sich von Wien aus den Vorwurf gefallen lassen, zu freigebig Brot und Rekrutirungszuschüsse im Namen des Kaisers bewilligt zu haben. Der ganze Einfluß des englischen Heerführers war erforderlich, um überhaupt die unbeanstandete Ratification des Berliner Vertrages in Wien und im Haag durchzusetzen. Und während dann in den beiden nächsten Jahren brandenburgische Regimenter den denkwürdigen Durchbruch zum Entsatze Turins vollzogen, Mailand für das Haus Habsburg eroberten, bei der Occupation Belgiens sich mit Ehre bedeckten, fuhr der Kaiser fort den preußischen Truppen ergiebige Winterquartiere und Contributionsantheile im eroberten Lande zu versagen, weigerte die Zahlung der vertragsmäßigen Rekrutirungskosten und wies höhnisch den Antrag auf Hypothecirung der geschuldeten Summen zurück. Mit Aufstellung einer ungeheuerlichen Gegenrechnung für preußische Soldatenexcesse in Franken suchte er endlich seine Verbindlichkeiten gegen den Reichsvasallen zu tilgen[19]). Dabei fehlte es nicht an mancherlei beschwerlichen Zumuthungen, welche der Wiener Hof theils direkt, theils durch Vermittlung der Seemächte dem Könige Friedrich stellte: die Zustimmung Kurbrandenburgs zur Achterklärung der wittelsbachischen Kurfürsten, die Einwilligung zur Ausstattung des Kaisers mit dem fetten Baiernlande und seines kurpfälzischen Verwandten mit der Oberpfalz. Aber war dann einmal

17) Brouillon des Schreibens an Marlborough vom 28. November 1704. Berl. Staatsarch. MS.

18) Heinsius von Marlborough 28. Oktober 1704. Heinsius Arch. MS.

19) Raby 20. Februar 1706. Rec. off. MS.

von einer kleinen preußischen Gegenforderung die Rede, so entrüsteten sich die österreichischen Minister über die Zudringlichkeit des Hohenzollern. Unter dem ungestümen Kaiser Joseph I ward es noch ärger als es unter seinem zähen und unentschlossenen Vorgänger gewesen war. Je dreister Oesterreich alle Lasten des Krieges auf die Schultern seiner Verbündeten wälzte, desto lauter glaubte es von den Pflichten reden zu dürfen, welche die Alliirten gegen das Haus Habsburg zu erfüllen hätten, in erster Reihe natürlich ein Souverän von Kaisers Gnaden, wie Friedrich I von Preußen.

Glaube man nicht, daß man in Berlin diese Demüthigungen nicht bitter und tief empfunden hätte. Wiederholt klagte Friedrich gegen den englischen Gesandten, daß der Wiener Hof ihm nur mit dürrem Hohne, die seemächtliche Politik ihm mit täuschenden Redensarten begegne. Im Sommer 1706 schien das Maß von Friedrichs Geduld endlich erschöpft zu sein. Von Holland aus kein Bescheid, von England her nur verbindliche Phrasen, vom Kaiser aber kam der strikte Befehl, die preußischen Hilfstruppen aller Berliner Proteste unerachtet unter Ludwig von Baden, dem Leuteverderber, dienen zu lassen. Selbst über Marlborough, der im Jahre 1705 wiederum in Berlin gewesen und dort den Irrungen mit dem Kaiser seine besondere Sorge zugewendet hatte, war der König ungehalten. Der wiederholten Aufforderung, wenigstens persönlich für den Heimfall des Geldernschen Oberquartiers an Preußen gut zu sagen, war er jedesmal mit einem geschickten Seitensprunge entschlüpft. Brigadier Grumbkow, der als Kriegsbevollmächtigter in Marlboroughs Lager weilte und dem englischen Feldherrn äußerst freundschaftlich zugethan war, klagte doch, daß der Herzog den Holländern, denen er nur zu befehlen brauche, so sehr den Hof mache, für Preußen aber sich niemals zu verwenden wage[20]).

Im Mai 1706 fand der englische Gesandte den König so aufgebracht, daß er jeden Minister zu entlassen drohte, welcher ihm anrathen würde, seine Truppen im Dienste der Allianz marschiren zu lassen[21]). Umsonst waren die verbindlichen Zeilen der Königin

20) Grumbkow an Friedrich I 10. Juni 1706. Berl. Staatsarch. MS.

21) . . . . that if any of his ministers should advise him to it,

Anna, umsonst sogar das Compliment des englischen Gesandten, daß als Enkel Sophias der Kronprinz durch die Naturalisation des kurfürstlich braunschweigischen Hauses der Anwartschaft auf den englischen Thron näher getreten sei[22]). Um das Maß des Aergers voll zu machen, empfing der König schließlich noch die Nachricht von Friedensunterhandlungen, welche die Seemächte ohne Hinzuziehung Preußens begonnen hätten. Ein vollständiger Umschwung des Systems, verbunden mit einem Wechsel der leitenden Persönlichkeiten schien damals bevorzustehen. Und um so bedenklicher ließ sich diese Krise an, da neuerdings das Berliner Cabinet für die bloße Einwilligung zur Neutralität die lockendsten Erbietungen — Obergeldern und noch weitere Entschädigung in den katholischen Niederlanden — von Frankreich empfangen hatte[23]). Natürlich verquickte sich in Berlin wieder die Behandlung der politischen Dinge mit Hofcabalen niedriger Natur. Die Gegner Wartenbergs durften ihr Spiel für gewonnen halten, wenn sie den König überzeugten, daß die erlittenen Kränkungen eine unausbleibliche Folge der übel angebrachten Bundestreue gegen die großen Herren in England und Holland seien. Die Anklage gegen den Günstling fand ein verstärktes Gewicht in der Bezüchtigung Lord Rabys, des englischen Gesandten, als intimeren Vertrauten der Gräfin Wartenberg. Der Schluß lag nahe, daß das staatliche Interesse einem anstößigen Vertraulichkeitsverhältniß geopfert werde, daß Gründe privater Natur den von seiner Gattin beherrschten Minister unempfindlich gegen die Zurücksetzung machten, welche der Staat durch die Politik der Seemächte erlitt[24]). Mit dem Sturz

he declared, qui'l les voudroit chasser d'abord, for his ministers were his domestics and should obey him. Raby 8. Mai 1706. Rec. off. MS.

22) Raby 22. Mai 1706. ebend.

23) Raby 9. Januar 1706 ebend.

24) Marlborough an Godolphin 31. Mai 1706: what I am informed concerning Lord Raby is that the Grand Chamberlains ennemys have persuaded the King that Lord Raby governs his Lady by which the Grand Chamberlain does what I would have him do rather than the true interest of his master. This opinion of the King makes the Grand Chamberlain have no credit which is the occasion of all the false steps made by that Court which are very prejudicial to the common cause. Coxe papers. Brit. Mus.

Wartenbergs schien sich die Verstoßung Lord Rabys vom preußischen Hofe verbinden zu sollen [26]). Dieser Gesandte, eitel, prahlerisch, er-

25) In einem Briefe vom 30. Oktober 1706, an Marlborough gerichtet, (Rec. off.) bestreitet Raby allerdings, daß der König im Sommer seine Abberufung gewünscht. Irrthümlich habe man die beabsichtigte Abberufung Spanheims aus London in diesem Sinne ausgelegt. Aber Rabys eigene Briefe aus dem Sommer 1706 lassen keinen Zweifel über die Stimmung Friedrichs übrig. Marlborough, der Raby in Verdacht gehabt zu haben scheint, die Verstimmung des Königs gegen die whigistische Kriegspartei in England zu nähren, (Grumbkow an Friedrich I 7. Juni u. 30. Oktober 1706. Berl. Staatsarch.) hätte die Abberufung des scharf toryftischen Gesandten gerne gesehen. In London erwartete man noch im September die Abberufung Rabys (Bonet 3. Sept. 1706). Der englische Gesandte in Wien erwartete Raby als Nachfolger (Stepney an Withwort 15. September 1706. Stepeny papers. Brit. Mus.) Doch schon vor Marlboroughs Reise nach Berlin im Frühjahr 1707, schon im Winter 1706 war Rabys Bleiben gesichert. Mochte, wie Lintelo am 14. Mai 1707 an Heinsius berichtet, eine Anzahl der ersten Minister ihn hassen, auch über Marlboroughs Anwesenheit in Berlin hinaus „unter der Hand" auf seine Abberufung hinarbeiten: officiell hat es sich indessen um Rabys Abberufung auf Wunsch des Königs im Sommer 1706 und nicht über den Spätherbst 1706 hinaus gehandelt. Die enge Verknüpfung der Rabyschen Angelegenheit mit der im Mai 1706 in Aussicht genommenen Entlassung Wartenbergs erhellt aus der englischen Correspondenz. Vgl. die vorige Anmerkung.

Coxe, Vol. II p. 53 (Bohns Edit. 1848) erzählt dagegen zum Frühjahr 1707, daß gerade Marlborough während seiner damaligen Anwesenheit in Berlin Friedrich I bewogen habe, den am Hofe mißliebigen Gesandten, der gegen die „ministers most attached to England" conspirirt, dennoch am Hofe zu dulden. Coxe muß sich hier in mehrfacher Weise geirrt haben. Erstlich ist die Vermittlung Marlboroughs zu Gunsten Rabys höchst unwahrscheinlich, da der Herzog gegen Grumbkow seine entschiedenste Mißbilligung des königlichen Entschlusses, Raby zu behalten ausspricht. Zweitens können die Intriguen Rabys sich wohl gegen die in das englische Cabinet eindringende Whigjunta und den stets offenbarer von den Whigs beherrschten Herzog von Marlborough, aber nicht gegen die England im Allgemeinen „most attached ministers" in Berlin gerichtet haben, da gerade Wartenberg der Vertraute Rabys zu den Parteigängern der westlichen Allianzpolitik Preußens gehörte. Endlich fand ich weder in den Coxe-Marlborough Papieren selbst, noch in sämmtlichen durchgesehenen englischen Correspondenzen jener Epoche irgend einen Hinweis auf die Rabysche Angelegenheit im Frühjahre 1707. Die ganze An-

centrischen Charakters, der im Uebrigen dem preußischen Könige erfolgreich die Cour zu machen wußte, hatte gegenwärtig durch wiederholte Monitorien im Auftrage der englischen Regierung den Fürsten ermüdet, zugleich wahrscheinlich mit Absicht ihn gegen die Whigs im englischen Cabinette gereizt. Schon hatte der preußische Botschafter in London seine Abberufungsordre erhalten.

Dennoch ging auch diese Krise, wie bedrohlich sie sich angelassen hatte, vorüber. Wartenberg und Raby behaupteten sich in ihrer Stellung, wenn auch ersterer seitdem mit vermindertem Einflusse. Bis zum Winter 1706 war alles ins Gleiche gebracht. Die

---

gelegenheit scheint mir ins Jahr 1706 zu gehören, in welchem die Tories in England, verbündet mit einer Friedenspartei in Holland, einen letzten Versuch zur Trennung Marlboroughs von den Whigs und zur Durchkreuzung der whigistischen Kriegspolitik in den spanischen Niederlanden gemacht haben. Damals waren allerdings die Ränke Rabys und ein zweideutiges Spiel, welches den Gesandten aber beinahe selbst ruinirt hätte, am Orte. Es galt den König, ohne ihn von der Allianz zu trennen, doch gegen die Kriegspolitik der Whigs aufzubringen. Die Folge davon wäre beinahe gewesen, daß der schon ohnehin genugsam erbitterte König das ganze System der Allianzpolitik und ebenfalls die Träger desselben über Bord geschleudert hätte. Auch in späteren Jahren hat Raby durch sein zugleich ränkevolles und capriciöses Wesen noch manche Verdrießlichkeiten am Berliner Hofe angestiftet.

Droysen S. 312 setzt, durchaus der Erzählung von Coxe folgend, die Intriguen Rabys und die von ihm gegen Marlborough ausgeübten Verhetzungen ebenfalls in den Anfang des Jahres 1707, er läßt Marlborough erst im April den Zwiespalt ins Gleiche bringen, damals erst den König auf die Abberufung Rabys verzichten. Es wäre wichtig zu erfahren, ob Droysen für die Verknüpfung der Rabyschen Angelegenheit mit den erfolglosen Bewerbungen der Ilgen, Printzen im Lager Karls XII, anstatt dieselbe, wie ich es thue, in Zusammenhang mit der beabsichtigten Entlassung Wartenbergs zu setzen, sich auf Belege aus dem preuß. Staatsarchiv stützt, welche mir, vornehmlich mit den preußisch-englischen Beziehungen beschäftigt, unbekannt geblieben sind. Aus einer Note S. 312 möchte ich folgern, daß Droysen dem flüchtig arbeitenden Coxe doch ein zu unbedingtes Zutrauen geschenkt hat, während Coxe durch seine eigene Materialiensammlung und durch die von Droysen allerdings wenig herangezogene Grumbkowsche Correspondenz des preuß. Staatsarchivs rectificirt wird. An anderem Orte, im Zusammenhang mit den Ereignissen in England werde ich auf diese Angelegenheit zurückkommen.

preußischen Auxiliartruppen kämpften in Italien, am Rheine und in Flandern gegen Frankreich fort. Man sei ihrer sicher, berichtete der holländische Gesandte nach Hause, so lange Wartenberg am Ruder bleibe, denn derselbe halte standhaft fest und hasse die Franzosen.

Seitdem die Seemächte dem preußischen Könige das italienische Hilfscorps entführt, hatten die nordischen Angelegenheiten sich in überraschender Rapidität entwickelt und eine bedrohliche Gestalt für Preußen angenommen. Schwedens Sieg bei Fraustadt im Februar 1706 entblößte August von den letzten Mitteln. Im Herbste fiel der Schwede in Sachsen ein; schreckend dröhnte die Kunde von diesem Ereignisse nach Berlin herüber. Sorgenvoll mochten die preußischen Staatsmänner sich fragen, wie ihre Rechnung mit dem schonungslosen Sieger stehe. Daß Preußen nicht mit Polen gehen werde, hatte sich schon endgültig entschieden, als Marlborough im Spätherbste 1704 den Sieg über den polnischen Kronschatzmeister davongetragen. Wohl hatte man sich Karl XII seitdem gefällig erwiesen und in der Eutiner Streitigkeit als Garant des Travendahler Friedens die Partei des Karl verwandten Hauses Gottorp gegen Dänemark ergriffen. Auch waren die Unterhandlungen mit Schweden fortgesetzt worden, aber denselben hatte bisher die Basis der Verständigung gefehlt. Karl forderte noch nachdrücklicher als früher als Ausgangspunkt jedes Vertrages die Anerkennung Lescinskis, und eben diese drohte Rußland durch einen Einfall in Ostpreußen zu vergelten. Preußens Lage der nordischen Frage gegenüber war durchaus so kläglich, wie sie ein Staat, der seine Truppen außer Landes gesandt hat, als das Resultat unsteter Projectmacherei ererwarten kann. Karl XII behandelte die preußischen Allianzbestrebungen gerade so wegwerfend, wie man von einem Fürsten gewärtigen mußte, der die Schönredereien der diplomatischen Kunst verabscheute, die phrasenhaft gewundenen Aktenstücke der politischen Correspondenz auf ihren realen Inhalt prüfte und seinen Gegner nicht in den höflichen Formen eines staatlichen Duells, sondern auf Untergang und Vernichtung bekriegte. Jetzt standen die Schweden vor den Thoren, jeder brandschatzende Streifzug konnte sie nach Berlin führen. Daß nun endlich Preußen um jeden Preis mit Schweden gehen und, koste es was es wolle, die schwedische Allianz

erobern müsse, dies konnte jedem Bauer der Mark Brandenburg einleuchten.

Als Friedrich I im Sommer 1706 während einer Abwesenheit in Holland die Schwedengefahr aufs Neue discutirte, hatten die Seemächte sich äußerst besorgt und verstimmt, aber weniger actionslustig als jemals den nordischen Angelegenheiten gegenüber erklärt. Vergebens drang der dänische Gesandte auf gewaltsames Einschreiten. Es klingt unglaublich und doch ist es Thatsache, daß trotz aller eigenen Thatenscheu der Kaiser und die Seemächte nicht nur die erneute Aufnahme preußischer Unterhandlungen mit Schweden bekrittelten, sondern daß der Chef der englischen Politik die Erwartung aussprach, Preußen werde sich dem Einbruche Karls in Sachsen widersetzen [26]).

Daß Friedrich mit Schweden zum Abschluß gelangen wolle, stand seit dem September 1706 fest. Es kam, wie der englische Gesandte mittheilte, dem Berliner Hofe sogar darauf an, die Welt viel früher an sein Einverständniß mit Schweden glauben zu machen, als dasselbe sich wirklich vermittelte [27]). Im Oktober konnte Lord Raby versichern, daß Preußen sogar eher mit Schweden und Frankreich gehen als Karl XII entgegentreten werde [28]).

Zur Demüthigung des Berliner Hofes kehrten indessen zwei Gesandtschaften an Karl unverrichteter Sache zurück. Wir wundern uns nicht darüber. Auf der Höhe seiner Erfolge bot die dazu noch begehrliche preußische Allianz dem Schwedenkönige kaum noch ein ernstliches Interesse. Daß man unerachtet der russischen Drohung, die Weichsel zu überschreiten [29]), Stanislaus schließlich werde anerkennen müssen, wußte man in Berlin. Aber vergebens hoffte man, den Ereignissen

26) Am 14. August 1706 berichtete Grumbkow an den König, daß Marlborough die Garantie Englands für die von Karl an Preußen gestellten Erbietungen ablehne und daß falls Karl in Sachsen einbreche „l'Angleterre et la Hollande et le Tout se declareroit contre lui et qu'il esperoit que Votre Majesté seroit le premier à la faire". Berl. Staatsarch. MS.

27) Daher die Behauptungen Stepneys in Wien. Droysen S. 310.

28) Raby 10. Oktober 1706. Rec. off. MS.

29) So soll der russische Gesandte in Berlin für den Fall der Anerkennung Lescinskis angekündigt haben. Lintelo 17. Februar 1707. Heinsius Archiv. MS.

um eine beträchtliche Spanne nachhinkend, noch einen erklecklichen Vortheil aus diesem Zugeständnisse davonzutragen. Printzen, der preußische Bevollmächtigte, hatte von Seiten seines Königs nichts Reelles zu bieten. Mindestens naiv war es, auf die Großmuth desselben Schweden zu rechnen, welches Kurfürst Friedrich Wilhelm als den Feind der Menschheit bekämpft hatte. Dennoch sollte Printzen den schwedischen König überreden, die Provinz Westpreußen seinem Schützling Stanislaus abzufordern und sie Preußen zu überliefern. Im August 1706 hatte Karl noch für die Anerkennung des Königs Stanislaus außer Elbing die Starosei Tolkemit und einen Streifen Landes zur Verbindung Pommerns und Ostpreußens bewilligen wollen[30]. Friedrich hatte darauf die englische Garantie eines solchen Vertrages nachgesucht und, als diese ausblieb, aufs Neue gezögert. Dann stellte sich heraus, daß die Seemächte, um Karl XII nicht zu neuen „Excentricitäten" zu reizen, die höflichste Sprache mit ihm reden würden. Sofort sank die preußische Allianz für Schweden noch tiefer im Werthe. Im December mußte Printzen berichten, daß ohne Einwilligung der Republik Polen, von einer polnischen Gebietsabtretung nicht die Rede sein könne, wie begründet die Ansprüche Preußens sein möchten, dürfe Karl sogar wegen Elbing nichts zugestehen, da er der Gegenpartei in Polen kein Fahrwasser verschaffen wolle[31]. Sogar ein preußisches Angebot von 3000 Mann Hilfstruppen an Stanislaus änderte den Sinn des Königs nicht. Das Höchste und Letzte, wozu er sich endlich verstand, blieb, ohne daß Schweden auf die Occupation verzichtete, die Anerkennung des preußischen Rechtsanspruches auf Elbing. Schon im Herbste 1706 hatte Preußen ausdrückliche und gut informirte Versicherungen an die Seemächte abgegeben, daß Karl XII die große Allianz nicht zu schädigen gedenke. Dennoch entwand in der Meinung Europas Marlborough mit seiner überflüssigen, lediglich zur Befriedigung persönlicher Eitelkeit vollzogenen Reise an den Hof des Schwedenkönigs, den preußischen Staatsmännern das Verdienst, den schwedischen Störenfried von Westeuropa abgelenkt zu haben.

---

30) Friedrich I an Grumbkow 8. August 1706.

31) Printzen an Friedrich I 13. Dezember 1706. Berl. Staatsarch. MS.

Fand sich Preußen durch die Bevormundung der Seemächte und die eigene Ungeschicklichkeit verhindert aus den nordischen Händeln einen territorialen Erwerb davonzutragen, so ließ sich vielleicht eine Genugthuung anderer Natur aus dem Zwiste gewinnen, in welchen Karl als Anwalt der schlesischen Protestanten und ihrer Rechte mit Kaiser Joseph verwickelt worden. Möglich, daß Preußen nach seinen Fehlgängen auf dem Gebiete der rein politischen Unterhandlung sich vermittels der mit Schweden gemeinsamen religiösen Interessen eine würdevollere Position im Reiche verschaffen konnte. Weit weniger als dies bei Gustav Adolf der Fall gewesen, war das Pflichtbewußtsein Karls XII, zur Hilfe seiner Glaubensbrüder berufen zu sein, mit politischen Interessen versetzt. Eher als mit dem katholischen Frankreich würde er sich mit den großentheils evangelischen Malcontenten in Ungarn verbunden und Oesterreich den Todesstoß gegeben haben. Seit Friedrich August den Glauben seiner Väter für eine Königskrone verhandelt hatte, war Preußen unbedingt die Führung des protestantischen Deutschlands zugefallen. Friedrich I fühlte Beruf und Ehrgeiz für das protestantische Interesse zu wirken. Auf die Schwedenmacht gestützt, würde er bereitwillig und freudig als Mandatar Karls XII und seiner Religionsbeschwerden dem Kaiser gegenüber die Rechte der Protestanten nachdrücklichst vertreten haben. Die Opposition gegen das Haus Habsburg, welche man auf rein politischem Gebiete nicht hatte durchführen können, trug sich so mit besserem Erfolge auf das confessionelle hinüber. Auf den Schultern Schwedens und unterstützt von Hannover ließ sich den Wiener Staatsmännern ihre übermüthig wegwerfende Behandlung vielleicht mit Wucher heimzahlen. In einer solchen Triplealliance, mit welcher man auf einen älteren Gedanken des großen Kurfürsten zurückgriff, wäre der Ansatz zu einer Einung des protestantischen Deutschlands unter Führung der Krone Preußen enthalten gewesen. Wir wissen, daß in den auf diese Abkunft bezüglichen Unterhandlungen das Wort gefallen ist, daß die Kaiserkrone nicht durchgängig auf einem katholischen Haupte zu haften brauche [32]).

Man hätte erwarten dürfen, daß in dieser Frage die preußische

32) Droysen S. 325.

Regierung sich einmal der Anerkennung und Unterstützung Englands und Hollands erfreuen würde. Es handelte sich nicht um staatliche Vergrößerung, nicht um eine Beschädigung des europäischen Gleichgewichts, sondern um dasselbe religiöse Interesse, welches die Seemächte in Ungarn, Savoyen, Frankreich und in aller Welt so kräftig vertraten. Indessen erfolgte auch hier dieselbe, die Interessen des Berliner Hofes mißachtende Behandlung. Die Seemächte legten sich allein das Recht zu, den österreichischen Hof mit scharfem Zügel zu lenken und ihn gelegentlich mit Straf- und Drohnoten zu ängstigen. Ein ernstliches Mißgeschick des Kaisers wäre ihnen äußerst unerwünscht gewesen. Auf der Londoner und Amsterdamer Börse herrschte angesichts der schwedisch-österreichischen Verwickelung panischer Schrecken. Auf schlesische Domänen waren englisch-holländische Anleihen des Kaisers hypothecirt. Sobald Lord Raby die erste Witterung von der bevorstehenden schwedisch-preußischen Verständigung mitgetheilt, empfingen die englischen Gesandten auf dem Continent die Anweisung dieselbe nach Kräften zu hintertreiben. Am Meisten durfte die seemächtliche und kaiserliche Politik sich von einer gemeinsamen Einwirkung auf den hannoverschen Hof versprechen. Ohne den Zutritt Hannovers zur Tripleallianz blieb das preußische Project eine Fehlgeburt. Mit den damaligen Whigministern Englands, den Vorkämpfern der protestantischen Succession, stand Kurbraunschweig in bestem Einvernehmen. Vom Kaiser hatte Kurfürst Georg noch die Einführung in das Kurfürstencollegium zu erwarten. Durch die Seemächte gedrängt, das Commando der Reichsarmee zu übernehmen, konnte ihn nur der gute Wille des Kaisers vor dem kläglichen Schicksal seiner dortigen Vorgänger, Badens und Baireuths bewahren. Gerade der neu erworbene kurfürstliche Titel stachelte zudem eine größere Rolle im Reiche zu spielen. Nur im Anschlusse an den Kaiser und im Gegensatze zu dem schon vorangeeilten größeren norddeutsch-protestantischen Staate Preußen ließ sich dies ermöglichen. Trotz aller Verdienste Friedrichs I um die neunte Kur ward die systematische Verhetzung des Kaisers und der kleineren Reichsfürsten gegen Preußen der leitende Grundsatz der hannoverschen Reichspolitik. Auf Hannovers Antrieb mußten die habsburgischen Minister die Krone Preußen, welche mit mehr als 30000 Mann im Kriege ge-

gen Frankreich kämpfte, unter Androhung eines Strafverfahrens mahnen, auch der Reichsarmee ihr pflichtiges Reichscontingent einzusenden [33]). Auf Hannovers Antrieb mußte der Herzog von Meckelnburg-Strelitz die Klage erheben, daß Preußen ihn der Succession berauben wolle [34]). Bei jeder Gelegenheit brach die eifersüchtige Verbitterung des Welfenhauses gegen die mächtiger emporgekommenen Hohenzollern zu Tage. Schon die Jahre des Erbfolgekrieges legten den Grund zu der Preußen so einschränkenden englisch-hannöversch-kaiserlichen Allianzpolitik der folgenden Jahrzehnte, deren Fesseln sich erst der Genius Friedrichs II zu entwinden vermochte. Zwar waren beide Fürstenhäuser eng und vielfach verwandt. Aber gerade die nahe Verwandtschaft schien damals wie in späteren Tagen nur einen Rechtstitel zu bieten, um das gegenseitige Mißwollen desto ungeschminkter zu äußern. Höchst charakteristisch für die verwandtschaftliche Zärtlichkeit, welche am hannöverschen Hofe für den preußischen Schwiegersohn und Enkel herrschte, dürfte folgende Aeußerung der alten Kurfürstin Sophia sein. Als Grumbkow ihr bei Gelegenheit der Baireuthschen Successionsansprüche seines Königs die Vorzüge des preußischen Regimentes pries, polterte sie in leidenschaftlicher Erregung heraus, „sie wolle ihr Land lieber 10 Meilen tief unter der Erde als in den Krallen Preußens wissen“ [35]).

Die seemächtlich-kaiserlichen Vorstellungen fanden in Hannover die bereitwilligste Aufnahme. Längst hatte es dort gewurmt, daß der preußische Hof in seinen freundschaftlichen Beziehungen zu Schweden an Hannovers Stelle zu treten begehrte. Es war jedesmal ein Stich für das Welfenhaus, wenn Preußen sich mit seiner schwedischen Freundschaft brüstete [36]). Was konnte man Besseres thun, als durch Weigerung des Zutrittes den Abschluß der evangelischen Allianz vereiteln und durch getreue Rapporte über Preußens Wühlereien sich den Kaiser verpflichten. Im Herbste 1707 durfte der englische Gesandte die

---

33) Im Jahre 1709. Förster I 137. Droysen S. 329.

34) Raby 28. April 1709.

35) . . . . j'aimais mieux voir mon pays dix lieus sous terre que de la voir entre vos pattes et vous n'êtes pas ou vous penses et on y mettra bon ordre. Grumbkow 6. Juli 1710.

36) Raby 20. Februar 1707. Rec. off. MS.

Tripleallianz als ein völlig gescheitertes Unternehmen bezeichnen[37]). Unterschiedlich von Gustav Adolf hatte Karl XII kein wesentliches Interesse, seine Politik in den Angelegenheiten des deutschen Reiches zu tummeln. Mit der Erledigung der schlesischen Religionsfrage war seinem Pflichtbewußtsein Genüge geschehen. Eilfertig zur Vernichtung des Czaren, bekümmerte ihn der Gegensatz zwischen Brandenburg und Habsburg nicht tiefer. Der einseitigen Beauftragung Preußens zur Obhut der schlesischen Protestanten und ihrer neu verbrieften Rechte mußte er von seinem Standpunkte aus es sogar vorziehen, wenn die Seemächte, den preußischen Staat nur im Gefolge, die Garantie seiner Verträge mit Kaiser Joseph übernahmen.

Mit der Aussicht auf den Tag, wo Frankreich am Boden liegend den Verbündeten reichliche Genugthuung gewähren müsse, hatte England die preußische Ungeduld von einem Kriegsjahre zum anderen gezügelt. Als es aber im Jahre 1709 zu den ersten ernstlichen Friedensunterhandlungen kam, begnügten sich die Seemächte, für Friedrich I die von französischen Prätendenten beanstandete Erbfolge in Neufchatel und die Anerkennung seiner Königskrone zu fordern. Mit der Erledigung einer Etikettenfrage und der Zuerkennung eines titularen, dem preußischen Staate gleichgültigen Besitzes waren die Verwendungen für Preußen erledigt. Zwar sollte es auf dem allgemeinen Congresse weitere Forderungen einbringen dürfen. Aber schon hatte Frankreich gegen die Maipräliminarien, vornehmlich aber gegen den ungeheuerlichen Vorbehalt zu Gunsten der Verbündeten protestirt, daß während Ludwig selbst sich durch Auslieferung von Sicherheitsplätzen die Hände fesseln sollte, seine Gegner noch nach Belieben neue umfassendere Friedensforderungen stellen dürften. Und wie die Friedensbedingungen des Kaisers und der Seemächte vom Mai 1709 beschaffen waren, ließ sich schwerlich glaubhaft machen, daß wenn einmal zur Schmach Ludwigs XIV auf dieser Basis der Waffenstillstand geschlossen worden, irgend ein englischer oder holländischer Staatsmann späteren preußischen Reclamationen auch nur ein halbes Gehör schenken werde. Auf die Kränkung durch die Maipräliminarien folgte der Abschluß des be-

37) Raby 3. September 1707 ebend.

rüchtigten Barrierevertrages vom 29. Oktober des Jahres 1709. Das Regiment der Whigs stand damals in England am Ueppigsten in Blüthe. Nicht nur daß dieser Vertrag den Holländern außer der actuellen Beherrschung Belgiens ein Besatzungsrecht in den die preußisch-rheinischen Lande umklammernden Festungen Bonn und Lüttich einräumte: ohne Rücksicht auf Preußen sagte die Abkunft den Generalstaaten auch Obergeldern als ein zum Schutze der Republik unerläßliches Bollwerk zu. Marlborough entzog sich dem Abschluß der Verhandlungen und überließ Anderen die Verantwortlichkeit für einen Vertrag, welcher die Handelsinteressen seines Vaterlandes tief verletzte, zugleich aber einen offenbaren Verrath an König Friedrich übte. Zwar hatte Marlborough niemals ein urkundliches Aktenstück über die Gewährung der preußischen Forderungen abgegeben, aber doch so manches mündliche und schriftliche Versprechen, den König ausreichend befriedigen zu wollen, geleistet, daß er schon aus Rücksicht für den Berliner Hof sich von dem Abschlusse des Vertrages fern halten mußte.

Wie brauste König Friedrich auf, als ihm endlich die Kunde von diesem doppelten Verrathe der Seemächte zu Ohren kam! Am Liebsten wäre er sofort über Holland hergefallen, um „diese undankbaren übermüthigen Leute in ihre Schranken zu bringen". Er hatte so manchmal schon in polterndem Tone die Rückberufung seiner Truppen angekündigt und dieselbe noch nicht ernstlich beabsichtigt. Man hatte sich daran gewöhnt und wußte, daß gewöhnlich eine Geldforderung dahinter steckte. Eine halbe Zusage von Seiten Englands oder ein anerkennender Brief der Königin Anna pflegte alles wieder ins Gleiche zu bringen. Seit dem Jahre 1709 aber begann man in Berlin gründlich und eingehender noch als drei Jahre zuvor die Lossagung von der Allianz und eine separate Abkunft mit Frankreich in Erwägung zu ziehen. Vergebens entschuldigte Marlborough mit triftigen Gründen die Geheimhaltung der Friedensverhandlungen und betheuerte wahrheitsgemäß, daß an den Abschluß des Friedensgeschäftes noch nicht zu denken sei. Vergebens wälzten der Herzog und sein Attaché Grumbkow alle Schuld auf die Unbeholfenheit des preußischen Gesandten Schmettau im Haag, der weder ein Geheimniß zu durchdringen, noch die holländischen

Hochmögenden zweckdienlich mit „Esprit und Brutalität" zu behandeln verstehe [38]). Auch die Erklärung des englischen Staatssecretairs, daß die Königin nur zaudernd und widerwillig, um ein schließliches Scheitern der ganzen Unterhandlung und eine Auflösung der Allianz zu verhüten, ihre Zustimmung zu der Uebertragung Gelderns an Holland gegeben habe [39]), beschwichtigte nicht. Ebenso wenig die Zusage, daß Holland nicht daran denke, Preußen im Besitze der von ihm occupirten geldernschen Gebietstheile zu stören, bis sich eine andere Entschädigung für Friedrich ermittelt haben würde [40]). Seit dem Barrierevertrag glaubte Friedrich sich befugt, seinen Vortheil zu ergreifen, wo er denselben finden werde. Im Oktober 1710 ermächtigte er Grumbkow, der schon im Mai mit Torcy im Haag zusammengekommen [41]) und sich sehr günstig über ein solches Experiment geäußert, eine geheime Unterhandlung mit dem französischen Minister zu wagen [42]). Die Sache zerschlug sich wie manche andere frühere und spätere Anläufe zur Separatverständigung mit Frankreich. Der

---

38) ..... enfin: un homme brusque et brutal en cas qu'il eut de l'esprit conviendroit mieux à ces gens qu'un homme de caractère du Baron de Schmettau. Grumbkow an Friedrich I. 20. Oktbr. 1709. Es war Grumbkow selbst, welcher sich geeignet für die Stelle im Haag hielt. Ein kräftiger Possenreißer, aufgeräumt, cynisch, frivol, aber unter der Maske derber Gutmüthigkeit, lud er die Hochmögenden zur Tafel, trank unter den Schwüren ewiger Freundschaft, unter den heißesten Betheuerungen, daß er am Liebsten in Holland leben und sterben möchte („que tant que le service de mon maitre ne s'y trouvoit opposé je vivrois et mourois bon Hollandois") Gläschen auf Gläschen („het glasgen van vriendschap") mit ihnen, bis sie taumelten und von Geldern, Moers und den Erbschaftsvergleichen lallten: dann ging der General zu Marlborough und überlegte Maßregeln, um die Anmaßung der Hochmögenden zu züchtigen. Sehr anziehend darüber der Bericht Grumbkows an den König vom 23. März 1710. Berlin. Staatsarch. Ms.

39) Staatssekretär Boyle an Raby 6. Januar 1710 Rec. off. Ms.

40) Boyle an Raby 31. März 1710 ebend.

41) Torcy hatte damals geäußert, daß Frankreich für die bloße Neutralität Preußens Obergeldern, Limburg und Subsidien bewilligt haben würde. Grumbkow an Friedrich I. 28. Mai 1709.

42) Ilgen an Grumbkow 14. Oktober 1709.

Berliner Hof, überhaupt der selbständigen Schritte ungewöhnt, konnte sich doch nicht verhehlen, daß dies schlüpfrige Wege seien, welche sich, ohne das Gleichgewicht zu verlieren, schwerlich zurücklegen ließen. Dazu war die alte Abneigung Friedrichs gegen Ludwig XIV, den Protestantenverfolger, noch immer wirksam, und schon begann der Kronprinz mit kräftigem Drucke in die Schwankungen der preußischen Politik einzugreifen. Kein Hehl machte der Prinz aus seinem Zorn und aus seinem Rachegefühl gegen Holland; aber selbst ein leidenschaftlicher Feind französischen Wesens würde er doch niemals geduldet haben, daß Preußen aus einem deutschen Reichskriege uuter die Fahne des Gegners gesprungen wäre. Dazu kam noch, daß die französische Freigebigkeit sich lediglich auf fremdes Eigenthum, auf Stücke aus der spanischen Erbschaft des Hauses Habsburg erstreckte.

Und auch die Abrechnung mit Holland verschob man auf gelegenere Zeit. Mit Marlborough und dem kaiserlichen Feldherrn Eugen conspirirte Grumbkow, wie man nach dem Frieden das isolirte Holland züchtigen, ihm die belgische Beute wieder abjagen wolle [43]), wie Preußen zur Bewachung der Holländer ein Corps nach den spanischen Niederlanden werfen könne [44]); vom kaiserlichen Gesandten Sinzendorf ließ man sich die Aussicht auf Geldern eröffnen, falls Preußen dem Kaiser eng attachirt, den egoistischen Holländern eine derbe Lektion zu geben wünsche [45]). Immer umfangreicher wurden die Denkschriften, welche Schmettau den holländischen Ausschüssen einreichte, immer kategorischer lauteten die Weisungen, in welchen Friedrich den Marsch seiner Regimenter untersagte, — man hatte wirklich die Energie, eine Uebersiedelung des italienischen Truppencorps nach Spanien abzuschlagen, — der Berliner Hof ward immer schwieriger zu behandeln; aber schließlich blieb Preußen doch mit 32,000 Mann im Erbfolgekriege engagirt.

Wenn in den ersten Jahren des Krieges den König die westliche Allianz von einem zweckmäßigen Eingriffe in die schwedisch-polnischen Händel abgehalten hatte, so kehrte sich seit dem Jahre 1709

43) Grumbkow an Friedrich I. 14. Mai 1709. Berl. Staatsarch. MS.

44) Derselbe 23. März 1710.

45) Derselbe 14. März 1710.

das Verhältniß um: die Truppen blieben im Solde der Verbündeten, weil die preußische Regierung nicht die erwartete Rechnung im Osten fand. Allerdings schien es kaum denkbar, daß bei der Entwickelung der nordischen Angelegenheiten seit Poltáwa Preußen nicht einen beträchtlichen Vortheil davontragen sollte, mochte es nun die leichte Bürde der schwedischen Allianz von sich werfen und mit August II, Dänemark und Rußland gemeinsame Sache gegen den jählings vom Unglück ereilten Karl XII machen, oder mit Karl um das Territorium markten, welches die preußische Hut der schwedischen Positionen im Reiche bezahlen würde. Aber dahin hatte es der Berliner Hof mit seiner taumelnden Politik gebracht, daß in der Welt die Vorstellung aufgekommen war, Preußen müsse wo auch immer seine Truppen ohne Entschädigung um Gotteslohn dienen lassen. Ohne Gegenleistung meinten die nordischen Mächte die preußische Allianz erhandeln zu können. Zwar kamen die Souveräne von Dänemark, Polen und ebenfalls der russische Czar unter großen Festlichkeiten mit Friedrich in Leipzig, Potsdam, Marienwerder zusammen. Auf das eifrigste ward unterhandelt; Entwürfe drängten sich auf Entwürfe. Bald war von einer gemeinsamen Beraubung Schwedens und der Vertheilung seiner außerskandinavischen Provinzen die Rede; bald galt es mit dem Czaren sich zu verständigen, der, um freie Hand in den Ostseeprovinzen zu haben, Preußen mit dem Einfall in Pommern beauftragen wollte. Und wieder überwog bei Friedrich I sowohl wie bei August von Polen die Besorgniß vor den Fortschritten Rußlands im Westen. Endlich erörterte man wiederum und immer wieder die mannigfachsten Combinationen zur Auftheilung der polnischen Republik, Projecte, in denen Ilgens fruchtbare Feder besonders thätig gewesen ist, Entschädigungsforderungen Preußens, falls es August gelinge, ein in seinen Grenzen verkürztes Polen unter seine erbliche souveräne Königsgewalt zu bringen. So jagten sich die Vorschläge, und während Rußland, mit den Spolien des gefallenen Schwedens bereichert, sich in die Gruppe der europäischen Großmächte einfügte, August sich wieder in Polen befestigte, Dänemark sich zur Erdrückung des Hauses Gottorp in Schleswig vorbereitete, schielte der Berliner Hof nach Westpreußen, nach Pommern, nach Elbing, klopfte an alle

Thüren, fand überall die bereitwilligste Aufnahme für seine Regimenter, aber fest verschlossene Hände, wo es auf eine unmittelbare Entschädigung oder auf eine bündige Zusage ankam. Karl XII, noch ungebrochenen Stolzes voll, verwarf jede Unterhandlung; August wollte von polnischem Gebiete wenigstens Preußen keinen Antheil zuwenden, und wenn auch der Czar gelegentlich Elbing versprach, mit der Auslieferung hielt er ebensowohl, wie ehemals Karl XII zurück. Die Seemächte, welche die definitive Rückberufung der preußischen Truppen befürchtet hatten, sahen mit Genugthuung die Conferenzen Friedrichs mit den nordischen Souveränen eine nach der anderen resultatlos im Sande verlaufen [46]). So rücksichtslos und zweideutig gegen Preußen wie möglich ging die englische Politik auch bei dieser neuen Gestaltung der nordischen Angelegenheiten zu Werke. Zu Anfang des Jahres 1710 ließ sie noch durch Lord Stair in Hannover den Antrag stellen, in einer gemeinsamen Operation alle schwedischen Truppen aus den deutsch-schwedischen Provinzen zu entfernen [47]). Bei einer solchen Stimmung des englischen Cabinettes glaubte die Berliner Regierung unbehelligt ihren Interessen im Osten nachgehen zu dürfen. Aber auch diesmal hatte sie sich verrechnet: in Uebereinstimmung mit Marlborough drang Heinsius wieder mit der alten vorsichtigen Politik des Zuwartens durch. Die Folge davon war der Beschluß, daß man Preußen zügeln und ihm jegliche Feindseligkeit gegen Schweden untersagen müsse. Und auch jetzt wollte die niederländische Republik ebenso wenig wie früher die Garantie gegen einen schwedischen Einfall von Pommern aus in Preußen übernehmen [48]). Schon im März trat England auf den Haager Conferenzen wieder als Anwalt Schwedens in die Schranken; sogar der Forderung der nordischen Nachbarstaaten, daß Karl XII seine Truppen nicht aus seinen deutschen Provinzen ziehen dürfe, warf sich der englische Bevollmächtigte als

---

46) Boyle an Raby 10. Januar 1710 Rec. off. Ms.

47) Bericht aus Hannover über die Gesandtschaft Lord Stairs, der um die nordische Frage gründlich zu studiren, nach dem Continent gesandt worden, vom 24. Januar 1710. Rec. off. MS.

48) Heinsius an Marlborough 21. Januar 1710 Ms.

zu beschwerlich für Schweden entgegen [49]). Der einzige Staat, dessen Ränken und Raubsucht die englische Politik weder Zügel noch Gebiß anzulegen gewagt hätte, war Rußland. Wie ernstlich auch gerade das gewaltige Emporkommen des Czaren das europäische Staatensystem aus den Fugen zu rücken drohte, die englische Handelspolitik gebot nach dieser Seite hin schüchterne Vorsicht: man würde lieber den Verlust des gesammten übrigen Handels im Norden, als die Verstopfung dieses Handelsgebietes ertragen haben.

Es war in Berlin vornehmlich Ilgen, der in den auswärtigen Angelegenheiten bewanderteste Minister, welcher in diesen Jahren die größten Anstrengungen einsetzte, um einer starken Gegenpartei gegenüber den Bruch mit Schweden und ein polnisches oder russisches Bündniß zu verhindern. Nicht aus eigennützigen Motiven, wie Wartenberg, nicht aus Gefälligkeit gegen die Seemächte, gab Ilgen einer einstweilen noch abwartenden Politik im Osten den Vorzug. Seine Erbitterung gegen Holland und sein Mißtrauen gegen England ließen nichts zu wünschen übrig. Daß er ununterbrochen darauf sinne, Preußen aus der Verwickelung der nordischen Mächte einen bleibenden Vortheil zu erlisten, dies hatte seine bisherige diplomatische Thätigkeit zur Genüge bewiesen. Wenn er nun dennoch auf der Conferenz zu Potsdam [50]) und wiederholt später den schon halbgewonnenen König von Leistungen für die kriegführenden Nordstaaten und von neuen Verbindlichkeiten, ehe die alten abgewickelt, zurückhielt, so wird der holländische Gesandte Lintelo uns wohl am Richtigsten über den letzten Grund seines Zauderns und Hemmens aufklären. Ilgen sei bereit, schreibt dieser Berichterstatter im Jahre 1712, in den nordischen Krieg einzutreten, sei es auf polnischer oder schwedischer Seite, sei es um Polen oder Schweden zu theilen, sobald nur erst der Gewinn aus dem spanischen Erbfolgekriege eingeerntet sei [51]). Die Fäden der nordischen Angelegenheiten verlor Ilgen nicht

49) Protokoll der Conferenz aus dem März 1710 (ohne Datum) im Haag. Heinsiusarchiv. Ms.

50) Raby 20. Juli 1709. Rec. off. Ms.

51) Lintelo 19. Juli 1712 Heinsiusarch. Ms. Ueber die Parteiungen und Tendenzen am preußischen Hofe geben die vertraulichen Briefe dieses Gesandten an Heinsius den ausführlichsten Bericht.

einen Augenblick aus den Händen. Aber um Holland und Oesterreich gegenüber, die erkenntlich genug auf die Verkürzung Preußens ausgingen, nicht ihr Spiel zu erleichtern, um auf dem Kriegsschauplatz so langer Jahre auch während der Friedensconferenzen mit dem preußischen Heere zu stehen und den Rechtsanspruch auf eine Entschädigung im Westen kräftigst zur Geltung zu bringen, hielt er den ungeduldig zerrenden König von übereilten Seitensprüngen zurück. Einen erwünschten Rückhalt fand er dabei an dem Kronprinzen, der, seit Wartenbergs Stern zum Ausgang des Jahres 1710 endlich erloschen war, seine Meinung nachdrücklicher als bisher zum Vortrag brachte. Verdrossen wenn sein Vater von einem Termin zum anderen sich durch unausgeführte Rückberufungsordres der preußischen Truppen dem Gelächter ganz Europas preis gab, wollte er erst den französischen Krieg mit Ehren zu Ende geführt wissen, um dann ebensowohl gegen Holland, wie in den nordischen Verwicklungen mit Kraft und Erfolg auftreten zu können. Die Wege des Ministers und des Kronprinzen gingen nur in so weit auseinander, als dieser, die Politik des Großvaters fest im Auge, von keiner Allianz mit der Schwedenmacht, dem Erbfeinde des Hauses Hohenzollern, wissen mochte, während Ilgen, geschmeidiger und vielseitiger, die unblutige Theilung Polens und die mühelose Erwerbung Westpreußens einem waghalsigen Kampfe um Pommern vorgezogen haben würde. Die späteren Ereignisse haben allerdings Ilgens Zuwarten im Westen wie im Osten gerechtfertigt. Aber bedenklich hätte es doch für Preußen ausgesehen, wenn die nordische Coalition gegen Schweden, anstatt mit Reibungen im Schooße des Bündnisses selbst ihre Kraft und ihre Zeit zu vergeuden, mit einem plötzlichen Stoße und in einer unerwarteten Katastrophe ihre Entwürfe zur Ausführung gebracht hätte. Preußen, falls keine nordische Frage mehr schreckte, von den hohen Verbündeten dann noch wegwerfender behandelt, hätte im Osten wie im Westen das Nachsehen gehabt. Was man selbst beim besten Willen Englands im Westen noch erreichen konnte, blieb immerhin ein karger Lohn, während man im Osten durch Versäumniß Unersetzliches einbüßen mochte. Auch ohne bestimmtes Entschädigungsproject damals in den nordischen Krieg eintretend, mußte Preußen auf dieser Seite lohnende Beute zufallen. Und endlich, selbst unter ungünstigen Bedingungen

mit Rußland zusammenwirkend, wäre Preußen als Verbündeter des Czaren eher befähigt gewesen, den russischen Vergrößerungsplänen Einhalt zu thun, als im Stande zuwartender Neutralität. Ich finde, daß die von Ilgen in Scene gesetzte Neutralisirung der deutsch-schwedischen Provinzen und die spätere Vereinbarung, durch Aufstellung eines sogenannten Neutralitätsheeres die schwedische Armee von Einfällen in Sachsen, Polen, Dänemark abzuhalten, trefflich der großen Allianz gegen Frankreich zu Statten kam, aber Preußen in die Lage brachte, mit gefesselten Armen der Erstarkung Augusts und der unliebsamen Vergrößerung Rußlands zuzuschauen[52]). Zunächst ward der Ilgensche Neutralitätsentwurf eine Quelle neuer Demüthigungen für die preußische Regierung. Denn dem preußischen Hofe, obwohl er der Urheber jenes Antrages gewesen, gestatteten die Alliirten nur das Accessorium zu dem Vertrage[53]). Und nicht mit Unrecht durfte Karl XII das namentlich zum Schutze Preußens beantragte Neutralitätsheer als eine „bloße Posse" bezeichnen[54]). Sein Urtheil, daß die Verbündeten nicht einen Mann zu diesem Heere senden würden, schien sich zu bewähren. Vergebens mahnte und drängte Preußen; Marlborough erklärte unumwunden, daß England nicht geneigt sei, einen einzigen Soldaten für diese nordischen Angelegenheiten aufzuwenden[55]). Die größte Kränkung für Friedrich I aber kam mit der Verhandlung, welchem Fürstenhause man den Oberbefehl über das Neutralitätsheer übertragen solle. Vergebens forderte der preußische König gleichsam wie selbstverständlich diese Auszeichnung für seinen Sohn, den Kronprinzen; erst mit dringender Bitte, darauf zornig, unter Androhung, sämmtliche Verträge zu zerreißen. Die Eifersucht Hollands und Oesterreichs hätte dies nicht gelitten. Lieber wollte der Kaiser den Bock zum Gärtner setzen und August von Polen die Führung übertragen. Auf Antrag Hollands nahm dann auch England für die hannoversche Führung Partei. Marlborough gestand das gegen Preußen verübte Unrecht ein, that aber keinen Schritt

52) Vergl. das verschiedene Urtheil von Droysen S. 342.

53) Droysen S. 343.

54) „a jest". Raby 20. December 1710.

55) Marlborough an Heinsius 30. Oktober 1710. Heinsiusarch. Ms.

zur Besserung. Das schließliche Resultat der ganzen Vereinbarung war, daß sächsisch-russische Truppen im Jahre 1711 durch preußisches Gebiet gegen Pommern rückten, daß es in den Elbherzogthümern trotz aller Neutralität im folgenden Jahre zum Kampfe kam und daß der Kronprinz selbst an der Zweckmäßigkeit seines Systems irre wurde.

Mit dem englischen Ministerwechsel im Jahre 1710 war das große Drama des spanischen Erbfolgekrieges in seinen letzten Akt getreten. Das englische Volk war der jährlich mit ungeheuren Summen bezahlten Siegesberichte und des Mißbrauches müde geworden, welchen die Whigjunta mit ihrer Amtsgewalt trieb. Die Ereignisse des Krieges hatten das Supremat der englischen Handelsflagge in allen Meeren gesichert, ebensowohl das verbündete Holland wie das gegnerische Frankreich finanziell ruinirt. Im Frieden wünschte die Nation die Errungenschaften ihrer Waffen zu genießen. In St. John, dem späteren Lord Bolingbroke, war ein Mann an die Spitze der auswärtigen Politik Englands getreten, welcher unbekümmert um die Phrase, daß nur auf den Trümmern Frankreichs das neue System des europäischen Gleichgewichtes aufgerichtet werden dürfe, die Dinge nach ihrem wahren Werthe maß und die Meinung aufstellte, daß dasselbe England, welches so viele Jahre hindurch die vornehmsten Lasten des Krieges getragen, nun endlich auch seinem Staats- und Handelsinteresse gemäß den Verbündeten den Frieden dictiren dürfe. Nicht durch die Brille der whigistischen Parteidoctrin, sondern mit scharfem, selbständigem Blicke überschaute St. John die europäischen Angelegenheiten und mit sicherem Urtheil würdigte er die Machtverhältnisse des abendländischen Staatensystems. Ein britischer Staatsmann solchen Schlages konnte keinen erdenkbaren Grund ersinnen, warum er das aus tausend Wunden blutende Frankreich völlig zu Tode hetzen solle, um dem ebenso lässigen wie hochmüthigen Hause Habsburg das Supremat auf dem Continent, dem habsüchtigen Handelspatriciate Hollands die Beherrschung des Canales zuzuwenden und um einem undankbaren und ungeschickten erzherzoglichen Prätendenten unter unermeßlichen Opfern an Menschen und Geld die spanische Krone zu erobern, nachdem der Enkel Ludwigs XIV zu Madrid schon längst das zuversichtliche großväterliche Wort, es gebe künftig keine Pyrenäen mehr,

Lügen gestraft hatte. Schon einen größeren Erwerb, als mit der Ruhe Europas vielleicht erträglich war, die Niederlande und Italien, hatten die Waffen der Seemächte dem kaiserlichen Hause zugewendet. Mit unübertroffener Virtuosität löste der englische Staatsmann seine kühne Aufgabe, überflügelte den Haß, die Anklage und die Denunciationen seiner englischen Gegner und Neider, verfehdete die einzelnen Mitglieder der Allianz miteinander, mißhandelte den Wiener Hof, führte die Holländer hinters Licht, bog ihren England benachtheiligenden Forderungen die Spitze ab und rang, die englischen Interessen im Vordergrund der Verhandlungen, Frankreich für die Genossen des Haager Vertrages so viel und nichts Weiteres ab, als er dem allgemeinen europäischen Interesse und der Präponderanz des eigenen Staates in Europa für zuträglich erachtete.

Wir fragen nach der Stellung, welche der Berliner Hof während des Zerbröckelns der Allianz und seit den durchaus veränderten politischen Conjunkturen in Westeuropa eingenommen hat.

Höchst bedeutsam war es auch für Preußen, daß in England ein Minister ans Ruder kam, der Holland zu isoliren trachtete und für das von Marlborough verwöhnte Oesterreich nur Spott und Hohn übrig hatte. Kaum ein zweites Mal sind in der diplomatischen Sprache so wegwerfende und zugleich so treffende Worte über die Gespreiztheit und Impotenz der österreichischen Politik geredet worden, wie in den Parlamentsreden, Flugschriften und Depeschen Bolingbrokes [56]). Ihm kam es darauf an, der Welt zu beweisen, daß England sich allzulange für die ihm gleichgültigen Interessen des Hauses Habsburg aufgeopfert und „die Last eines Gichtbrüchigen getragen, der zum Danke für die Wohlthat sich erfreche, seinem Träger ein Bein unterzuschlagen". Um die Forderungen der Republik beim Frieden möglichst tief herabdrücken zu können, galt es ebenfalls mit den Holländern strenge Abrechnung zu halten.

Einem solchen Staatsmann mußte daran liegen, die kleineren Staaten im Gefolge der großen Allianz möglichst fest an England

56) Aus zahllosen Auslassungen probeweise hier nur die eine: „but my Lord the fate of being eternally in the wrong hangs over the head of every Austrian Court. St. John an Raby 6. März 1711. Rec. off. MS.

und seine Politik zu ketten. Mit offenen Armen empfing er die savoyischen Minister, welche bittere Klage über Wortbrüchigkeit und Ränke des Wiener Hofes führten. Victor Amadeus mit seinem kleinen aufstrebenden Staate nahm im Süden auf italienischem Boden eine ähnliche Stellung zu Oesterreich ein, wie der Staat der Hohenzollern im Reiche. Vom Kaiser grundsätzlich mißhandelt, hat Savoyen die unbedingte Hingabe nie zu bereuen gehabt, mit welcher der Herzog und seine Minister sich beim Umschwung der Dinge in London an den Länder und Kronen vertheilenden englischen Staatssecretär schmiegten. In seiner Bitterkeit gegen Holland, in seiner Spannung mit dem whigistisch beeinflußten hannöverschen Hofe, in seiner Rivalität mit dem kaiserlichen Einfluß im Reiche, wäre Friedrich I im Stande gewesen, den Zwecken des englischen Toryministeriums einen noch wirksameren Hebel zu bieten, als Victor Amadeus von Piemont.

Und wirklich schien seit der Krise in London eine bessere Behandlung des preußischen Hofes von Seiten Englands einzutreten. Lord Raby gehörte zu den Vertrauten des neuen Staatssecretärs. St. John ließ im April 1711 den bisherigen Ausschluß Preußens von den Friedensverhandlungen bedauern, versprach in der Hildesheimer Frage die englische Pression auf Hannover und erklärte, was das Wichtigste war, das jetzige Ministerium nicht durch den Barrierevertrag seiner Vorgänger gebunden: die englische Regierung anerkannte die Ansprüche Preußens auf Obergeldern oder auf ein geeignetes Aequivalent [57]). Mit Wohlwollen kam St. John sogar dem früher einmal schnöde abgewiesenen Wunsche Friedrichs auf Herstellung einer Art von evangelischer Allianz zwischen der preußischen reformirten Hofkirche und der englischen Staatskirche entgegen [58]). So lange hatte man in Berlin keine Gefälligkeiten von Seiten der englischen Regierung erfahren, daß schon diese Spuren freundlicher Gesinnung wohlthätig berühren mußten. Die Politik der Tories,

---

57) Bonet aus London auf Grund mündlicher Erklärung St. Johns. 14. April 1711. MS.

58) St. John an Raby 28. Februar 1711. Das Nähere über diese interessanten Verhandlungen in dem Life of Archbishop Sharp Vol. II p. 196.

welche im Winter 1710 auf 1711 in den auswärtigen Fragen noch vorsichtig zurückgehalten hatte und über vereinzelte Chikanen der Holländer und Kaiserlichen nicht hinausgekommen war, durfte bald darauf schon mit vollen Segeln fahren, als — ein unverhoffter Glücksfall für das System St. Johns — ein plötzlicher Tod im Frühjahr 1711 Kaiser Joseph wegraffte und Erzherzog Karl als einzigen männlichen Erben der habsburgischen Besitzungen und Ansprüche übrig ließ. Je weniger England noch daran dachte, das Wort seiner Königin in Betreff der spanischen Krone einzulösen, desto mehr mußte ihm daran liegen, Erzherzog Karl schleunigst zur kaiserlichen Würde zu verhelfen. War die Kaiserwahl erst vollzogen, so konnte man mit glücklichem Griffe die Antipathien eines früheren Jahrhunderts gegen die habsburgische Universalmonarchie aufregen. Ohne eines Treubruches schuldig zu werden, konnte man alsdann auf die französischen Erbietungen zur Theilung der spanischen Monarchie eingehen. Zudem peinigte die Besorgniß, daß Erzherzog Karl, durch die Unsicherheit seiner Lage zur Activität gespornt, England die Friedensunterhandlung aus den Händen winden könne. Unverzüglich ward deßhalb von London aus der preußische Hof für die Betreibung und Durchführung der Kaiserwahl Karls VI verantwortlich gemacht.

Verwundert schaute man in Wien auf, als König Friedrich, aller von Oesterreich erfahrenen Kränkungen uneingedenk, sich auf das Bereitwilligste und Rührigste an dieses Werk begab. Lobenswerth war gewiß der patriotische Eifer, mit welchem er in dieser deutschen Frage französische Intervention zurückwies, den Bedenklichkeiten seiner eigenen Minister kein Gehör schenkte, über formelle Rechtsbedenken bei der Wahl — die Ausschließung der beiden geächteten Wittelsbacher vom Wahlcollegium — hinwegeilte und ohne von Karl eine Gewährleistung der seinerseits gestellten Wünsche empfangen zu haben, die Entscheidung zu Gunsten des Habsburgers zu Stande brachte. Achtungswerth war es auch, wenn Friedrich in seiner uneigennützigen Erregung für die nationale Sache nicht einmal den Gründen nachforschte, welche England so lebhaft für die Wahl des Erzherzogs eintreten ließen. Sicherlich war in diesem Momente die Wahl Karls VI ein unvermeidliches Uebel; das Haus Brandenburg wäre damals am Wenigsten befähigt gewesen, den verwesenden Leich-

nam des deutschen Reiches mit dem Impulse neuen organischen Lebens zu beseelen. Desto wichtiger war es, in der nunmehr wesentlich veränderten spanischen Erbfolgefrage sich möglichst scharf über die Bedingungen des eigenen Interesses aufzuklären. Bis zu den Eröffnungen der Seemächte aber mußte man mit jedem Urtheile zurückhalten. Einstweilen hüllten sich England und Holland in tiefes Schweigen. In ihrer vertrautesten Correspondenz wollten sich nicht einmal Marlborough und Heinsius, gegenwärtig doch auf Offenherzigkeit angewiesen, und beide von der Unvermeidlichkeit der Theilung überzeugt, ihre Meinung eingestehen. Noch zugeknöpfter verharrte die englische Regierung selbst; St. John befahl seinem Gesandten die größte Zurückhaltung in dieser delicaten Frage. Er war bereit, den habsburgischen Erzherzog so schleunig als thunlich aus Spanien nach dem Reiche zurückzuführen; daß es eine Trennung für ewig sein solle, verschwieg er weislich. Seine Rechnung wäre durchkreuzt worden, wenn Karl den Schleier der englisch-französischen Geheimnisse zu frühe lüftend, die persönliche Führung des Kampfes auf spanischem Boden nicht aufgegeben hätte. Wiederholt pochte in den Monaten Mai und Juni des Jahres 1711 der preußische Geschäftsträger an die Thüre St. Johns. Er wurde entweder nicht vorgelassen oder von dem Staatssekretär mit dem Bescheide abgefertigt, daß über jene schwierige Frage noch keine Ansicht vom englischen Cabinette aufgestellt sei. Unterdessen fehlte es nicht an Andeutungen, daß etwas Außerordentliches im Werke sei, sogar der preußische Resident in London gab beherzigenswerthe Winke. Wer einigermaßen die Zeichen der Zeit verstand, der konnte nicht zweifeln, daß St. John bald mit dem Vorschlage zur Theilung der spanischen Monarchie heraustreten, daß es dann zum officiellen Zerwürfniß zwischen England und dem Kaiser und für Preußen zu der Alternative kommen werde, auf welcher Seite ausharrend es seine Entschädigung für die Aufopferung der Kriegsjahre fordern wolle.

Da bedurfte es allerdings eines ganz besonderen staatsmännischen Ungeschickes um voreilig, sei es durch Pflichttreue, sei es durch die Hoffnung auf kaiserliche Unterstützung in der geldernschen und Erbschaftssache verführt, Karl versichern zu lassen, Preußen wolle sich für die Vereinigung der spanischen Monarchie mit der Kaiserkrone

stark machen[59]). Es waren wieder die Launen und die Gefühlspolitik des Königs, welche dem staatsmännischen Urtheil seiner besonneneren Räthe diesen argen Streich spielten. Vollkommen würdigte man in Berlin die nachtheiligen Folgen einer solchen Union; der König gestattete seinen Ministern, gleichzeitig nach der entgegengesetzten Seite hin ihre Angeln auszuwerfen, er war selbst von der Unthunlichkeit seines Entschlusses, mit dem Hause Oesterreich zu stehen und zu fallen, überzeugt. Kein Wunder, wenn ein Bolingbroke, der zur Durchführung seiner Entwürfe auf Bundesgenossen von festerem Schlage und derberem Gewissen rechnete, sich bald verächtlich von den halben Maßregeln und rückwärtsblickenden Entschlüssen des Berliner Cabinettes abwandte und wegwerfend über den König, „der nicht einmal ein Freisasse sei", spottete[60]).

Immer trüber und gespannter ward das Verhältniß zwischen Wien und London, seitdem der kaiserliche Gesandte vom englischen Hofe verwiesen worden und die Präliminarartikel des von England unterhandelten Friedens sich in Jedermanns Händen befanden. Die holländische Republik, welche anfänglich sich Miene gegeben, als ob sie den englischen Weisungen in Güte nachgeben werde, ward durch die Verkürzung ihrer Barriere geschreckt und von ihrem Bevollmächtigten in das Lager der whigistisch-kaiserlichen Opposition getrieben. Der Einfluß des Prinzen Eugen trat in Holland an die Stelle der englischen Regierung. Aber unbekümmert um den holländisch-kaiserlichen Widerspruch setzte St. John seine diplomatischen Arbeiten fort. Er wußte, daß die Holländer Schritt für Schritt weichen würden und daß das Geschrei der kaiserlichen Minister ihn nicht zu beunruhigen brauche. Mochte nun die niederländische Republik an Oesterreich festhalten, oder wie wahrscheinlicher war, unter vielem Sträuben dennoch in das Fahrwasser der englischen Politik einlenken, in jedem Falle konnte Preußen von England abgewandt und dem Kriegsgetümmel der Kaiserlichen zufallend nur verlieren. Welches Resultat durfte man von einem Kriege erwarten, den der Kaiser isolirt, ohne Geld und ohne Verbündete, lediglich auf die Mittel des Reiches an-

59) Droysen S. 376.

60) Bolingbroke, Lettres and Despatches I 161.

gewiesen, gegen die bourbonischen Kronen ausfechten wollte! Und dauerte die niederländische Republik doch an der Seite des Kaisers aus, so nahm Preußen in dieser Krise ebensowohl für Holland wie für Karl VI gegen England Partei. Gegen England, welches unter Anna noch nicht so tief wie später in die continentalen Eifersüchteleien verflochten, wenigstens keinen unmittelbaren Grund zur Schädigung Preußens hatte, ergriff man die Interessen der gegen den preußischen Staat besonders gehässigen Republik. Von allen Combinationen wäre ein solches Zusammenhalten Hollands mit dem Kaiser die ungünstigste für die Lösung der geldernschen Frage gewesen. Das Oberquartier von Geldern gehörte zu der spanischen Erbschaftsmasse, und von London aus berichtete der preußische Resident im April 1712, daß man im Haag eine Verständigung mit dem Kaiser in Betreff der flandrischen Barriere plane und daß die kaiserliche Cession des Oberquartiers den Cement dieser neuen Allianz bilden solle [61]). Dringlich mahnten Bieberstein, der preußische Gesandte in London, und Lord Raby, der jetzt unter dem Titel eines Grafen Strafford die Utrechter Conferenzen leitete, daß die preußische Regierung sich rückhaltlos der englischen Führung vertrauen möge. Beide Männer verbürgten sich für die Geneigtheit Englands, Preußen in der geldernschen Sache zu seinem Rechte zu verhelfen.

Mit der Einstellung der Feindseligkeiten von englischer Seite kam es endlich am 28. Juni 1712 zum kritischen Momente der Entscheidung. Nicht unvorbereitet traf das Ereigniß den Berliner Hof. Er war gewarnt, er hatte mit England über die bedenkliche Frage unterhandelt. Am Tage der Entscheidung selbst befand sich der preußische Feldmarschall Fürst Anhalt indeß noch ohne präcise Instructionen. So wie dieselben lauteten, durfte er nicht zögern, sich von den Fahnen des englischen Heerführers zu trennen. Das preußische Heer schlug sich auf die Seite des Kaisers, der eben noch wegen ruchbar gewordener Unterhandlungen Friedrichs mit Frankreich den König von Preußen wie einen pflichtvergessenen Beamten zur Verantwortung gezogen hatte.

Noch einige Versuche machten der englische Gesandte und

61) Bonet 12. April 1712.

die englische Partei am Berliner Hofe unter Biebersteins Führung, um eine nachträgliche Aenderung des Entschlusses zu Wege zu bringen. Ihre Anstrengungen scheiterten aber an dem Mißtrauen des Königs[62]) und an der Starrheit des Kronprinzen, welcher herber als je die Heimlichkeiten mit Frankreich verwarf. Ueber die Unterhandlungen mit dem französischen Agenten, Graf Laverne, war der Prinz damals so entrüstet, daß er sich weigerte den König aufs Land hinaus zu begleiten[63]). Um den Kronprinzen hatte sich, die Dohna und Dönhoff an der Spitze, die Partei gesammelt, welche den Erben des Thrones nicht nur in kaiserlichem sondern auch in holländischem Interesse zu bearbeiten suchte[64]). Auch Grumbkow, obwohl persönlich noch mit dem Kronprinzen gespannt, hielt sich als Anhänger Marlboroughs und als Gegner des englischen Toryministeriums damals zu demselben Lager[65]). Praktischer und vorsichtig würde Ilgen, der seiner Gewohnheit nach mit beiden Parteien zu transigiren liebte, einer Theilung der Truppen je nach ihrem Soldverhältniß den Vorzug gegeben haben[66]). In einer Staatsrathsitzung vom 8. August ward der Entschluß gefaßt, einstweilen noch an der gemeinen Sache festzuhalten.

Bald genug wurden die Folgen des so unbesonnenen Verfahrens merkbar. Rücksichtslos ließ Bolingbroke die preußische Regierung erfahren, was es bedeute, den Willen seiner Königin durchkreuzt zu haben. Die beträchtlichen Subsidienrückstände Englands, welche Friedrich I so sehr am Herzen lagen, wurden aus dem englischen Schuldbuche getilgt. Auf bequeme Weise sei England, triumphirte Bolingbroke, durch den Abfall der Auxiliartruppen einer großen Schuldenlast ledig geworden[67]). Die dickleibigen Denk- und Be-

62) .... die offertes zijn goed, maer so als mijn sulx woord heden gegeven, so kan het mijn naederhand morgen weder afgenomen werden soll König Friedrich zur Antwort gegeben haben. Lintelo 2. August 1712. Heinsiusarch. MS.

63) Lintelo 19. Juli 1712 ebend.

64) Lintelo 2. Februar 1712 ebend.

65) Lintelo 19. Juli 1712 ebend.

66) Lintelo 8. Juli 1712 ebend.

67) Borssele, holländ. Gesandter in London an Heinsius 22. Juli 1712. Heinsiusarch. MS.

schwerdeschriften des preußischen Residenten beantwortete der Staats-secretär entweder gar nicht oder mit der Betheuerung, daß Preußen, nachdem es die gütigen Absichten der Königin vereitelt, auf keine Berücksichtigung mehr hoffen dürfe[68]. „Die Rechtssprüche der Meder und Perser“, schrieb Bonet, „sind nicht unwiderruflicher als die Entschlüsse des gegenwärtigen Ministeriums und man muß sich auf das Schlimmste gefaßt machen“. Preußen mochte erproben was es heiße die Partei verlassen, welche nicht nur die freigebigsten Angebote gemacht, sondern auch die besten Mittel besaß ihr Wort zu erfüllen.

Freilich erwartete man, daß nun auch die engeren Verbündeten ihre Schuldigkeit gegen Preußen erfüllen würden. Unverzüglich indessen sollte man zur Erkenntniß kommen, daß man einen Schritt gethan, ohne sich über die Consequenzen desselben vergewissert zu haben. Seit der Niederlage von Denain war es plötzlich mit dem holländischen Kriegseifer vorbei. Preußen war für eine verlorene Sache in die Schranken getreten. Und ebensowenig wie England bezahlte die Republik ihre Rückstände nach Berlin. Für die Einbuße aber, welche ihr von der englischen Eifersucht drohte, suchte sie sich nun wirklich durch einen Separatvertrag mit dem Kaiser wegen Abtretung Gelderns zu entschädigen. Mochte Graf Sinzendorf es läugnen, der holländische Rathspensionär, in seinen Aussagen streng gewissenhaft und glaubwürdig, betheuerte, daß der kaiserliche Gesandte ihm im Namen seines Monarchen das Oberquartier zugesagt habe[69]. Gleichfalls in Sachen der oranischen Succession blieben die Hochmögenden so schwierig wie früher. Noch war nicht einmal Moers von den Holländern geräumt, obgleich ein kaiserliches Decret den preußischen Rechtstitel gebilligt. Gerade der Kronprinz, welcher so scharf für die gemeine Sache aufgetreten war, empfand diese Rücksichtslosigkeit am Bittersten. Auch von Alliirten wollte er doch das gute Recht seines Vaters nicht länger beugen lassen. Auf seinen

---

68) Bonet 23. September 1712.

69) Strafford an Bolingbroke 14. Dezember 1712. Die Aussage wird bestätigt durch einen im englischen Record office befindlichen, allerdings nicht ratificirten Vertrag aus dem Jahre 1712 (das Datum fehlt), in welchem der Kaiser das Oberquartier an Holland cedirt.

Vorschlag ward im Oktober 1712 die holländische Besatzung in Moers überrumpelt und die Stadt zur Huldigung gezwungen. Aus diesem Vorfall konnte man in London merken, wie fest oder lose doch im Grunde die Separatallianz Preußens mit den Regenten im Haag geknüpft sei.

Und in der That drang Bieberstein endlich mit der Meinung durch, daß der Berliner Hof sich die Huld des Toryministeriums zurückerobern müsse. Ein Blick auf die sicilische Königskrone, welche Bolingbroke dem Hause Savoyen geschenkt hat, mochte lehren, was Preußen durch seine Halbheit und Thorheit verscherzt. Schon im September 1712 berichtete der englische Gesandte aus Berlin, daß die Minister ihrer übelen Aufführung geständig, sich der Königin unterwürfen und an ihr Wohlwollen appellirten[70]. Doch wenig tröstlich lautete anfänglich der Bescheid aus London. Wisse Gott, schrieb der Staatssekretär, worauf die preußische Regierung, wenn sie gegenwärtig noch eine Parteilichkeit der Königin für ihre Sache erwarte, ihre Hoffnung gründen wolle[71]. Auch noch im November wies Bolingbroke jegliche Intervention zu Gunsten der preußischen Ansprüche auf Geldern ab. Vieles trug die polternde Offenheit des Kronprinzen bei, um die Wiederherstellung guter Beziehungen zu England zu erschweren. Trotz aller Aergernisse, welche sein Vater von Hannover aus erfahren, meinte der Prinz damals noch die Sache des verwandten Hauses vertreten zu müssen. Mehr derb und brav und von ernstem sittlichen Impulse geleitet, als scharfsichtig und feinfühlig, wo es sich um gewundene Wege und um diplomatische Zurückhaltung handelte, glaubte er an die Fabel des Tages und hielt wirklich die hannöversche Succession und die protestantische Sache durch das „jakobitische" Toryministerium Oxford-Bolingbroke bedroht. Er ließ seinem Unmuth über die englischen Schurken freien Lauf und erlaubte das Gleiche den französischen Refugies in der preußischen Hauptstadt. Auf Bolingbrokes Weisung mußte der englische Gesandte in Berlin sich officiell über „die Brutalität des Kronprinzen" beklagen[72].

70) Breton 10. September 1712. Rec. off. MS.

71) Bolingbroke an Breton 30. September 1712. Rec. off. MS.

72) And when you speak to the Secretary I believe you should

Den ganzen Winter hindurch stand es mit der preußischen Anwartschaft auf ein Stück geldernschen Landes, den einzigen realen Ertrag aus dem spanischen Erbfolgekriege, äußerst schlecht. Auch die zu Anfang des Jahres 1713 zu „größter Mortification" des Kaisers abgegebene Erklärung Friedrichs gemeinsam mit England den Frieden unterzeichnen zu wollen, brachte ebensowenig wie die auf Englands Wunsch in den nordischen Angelegenheiten behauptete Zurückhaltung, eine sofortige Entscheidung zu Werke. Zwar blieb Ludwig XIV bereit, Preußen für die oranischen Hausgüter innerhalb Frankreichs mit einer so großen Entschädigung aus geldernschem Gebiete, wie man nur wünschen könne, abzufinden, zwar arbeitete Graf Strafford durch ein persönliches Versprechen und ein Geldgeschenk gebunden, in Friedrichs Interesse, zwar schreckte man von London aus den holländischen Rathspensionär mit der Drohung, bei weiteren Weitläufigkeiten der Republik ganz Obergeldern einschließlich der Maasfestungen an Preußen zu überlassen [73]); aber die Unterhandlung selbst rückte nicht von der Stelle. Denn nachdem die Vertheilung der übrigen spanischen Territorien geregelt, wollte die englische Regierung diese letzte Karte nicht aus der Hand lassen. Die Zusage an Preußen, erklärte Bolingbroke, werde bei der Unterzeichnung des Friedens einen neuen Stein des Anstoßes für Holland wie für den Kaiser abgeben und wünschenswerth blieb es, am Tage des Friedensschlusses, sei es zur Begütigung, sei es zur Bedrohung der Kaiserlichen wie der Holländer, noch diesen Trumpf ausspielen zu können. Um das Oberquartier von Geldern fand während der ersten Monate des Jahres 1713 ein förmliches Wettrennen der Gesandten Preußens, Oesterreichs und Hollands in den Ministerialbüreaus der Lords Oxford und Bolingbroke statt. Geschmeidig schlüpften die englischen Minister zwischen den Parteien durch, versprachen nach jeder Seite hin ihre freundliche Unterstützung und banden sich gegen Niemand [74]). Während sie Preußen nun schon

---

again mention particulaly the Prince Royal's brutality. Bolingbroke. Breton 18. November 1712 Rec. off. MS.

73) Lintelo 14. Januar 1713. Heinsiusarchiv. MS.

74) Am Ausführlichsten über die in Betreff der geldernschen Frage ge-

bestimmter eine Entschädigung für Orange in geldernschem Lande zusicherten, reizten sie doch zum Danke für die Unterzeichnung des verkürzten Barriervertrages, die holländischen Staatsmänner, sich über Geldern mit dem Kaiser separat zu verständigen. Diese Auskunft schon im vorigen Jahre zwischen dem Haag und Wien erörtert, schien neuerdings sich noch einmal zu einer ernstlichen Gefährdung der preußischen Ansprüche zu gestalten. Denn Karl VI, gegen Friedrich wegen seines Abfalls von der gemeinen Sache erbittert, behauptete um der Verbindung mit den katholischen Niederlanden willen, das Oberquartier nicht entbehren zu können. In Holland aber drängten einflußreiche Stimmen, dies Gebiet lieber an den Kaiser als an das vergrößerungssüchtige Preußen fallen zu lassen. In Folge des holländischen Condominiums in den belgischen Provinzen, schrieb der nahe Vertraute des Rathspensionärs, Sicco van Goslinga vom Utrechter Congresse, werde die Republik doch stets gemeinsame Interessen mit dem Kaiser haben, während Preußens Absichten offenbar darauf zielten, sich auf Kosten der Republik zu vergrößern [75]).

Man pflegt gewöhnlich die Erwerbung des preußischen Antheils an dem ehemals spanischen Obergeldern, obwohl dieselbe erst in die Regierung Friedrich Wilhelms I fällt, als eine Frucht der Politik Friedrichs I im Erbfolgekriege darzustellen, welche völlig gezeitigt dem Nachfolger in den Schooß gefallen sei. So wie wir aber die Politik des ersten preußischen Königs im Osten und Westen, in ihrer Plan- und Rathlosigkeit, ihrem Schwanken und Taumeln, ihren hochtrabenden Manifesten und kleinlichen Mitteln, ihrem begehrlichen Wollen und verspäteten Entschlüssen kennen gelernt haben, in ihrer geräuschvollen Unruhe und ewig unfertigen Zubereitungen großer Entwürfe das Gespött des großen Mächte wie der kleinen Reichsfürsten, so wie diese Politik sich in ihren Irr- und Fehlgängen seit dem Jahre 1700 angelassen hatte, dürfte es doch sehr fraglich sein, wie es sich bei einer um wenige Monate verlängerten Regie-

haltenen Conferenzen und die doppelsinnigen Erklärungen der englischen Minister, der holländische Gesandte Borssele van der Hooghe in den Monaten Januar bis April des Jahres 1713. Die Correspondenz befindet sich im Heinsiusarchiv im Haag.

75) Goslinga an Heinsius 26. Februar 1713. Heinsiusarch. MS.

rung Friedrichs I mit der Realisirung der preußischen Ansprüche verhalten haben würde. Man darf wohl behaupten, daß nicht nur zur Wiederherstellung geordneter Finanzen und einheitlicher, pflichttreuer und arbeitsamer Landesverwaltung, nicht nur zur vortheilhaften Verwerthung der nordischen Angelegenheiten, sondern auch zur Einbringung des schon allzusehr geschmälerten Erwerbes aus dem zwölfjährigen französischen Kriege, die Regierung Friedrich Wilhelms I gerade noch rechtzeitig genug eingesetzt habe. Besonders die Anfänge seiner Regierung zeigen, was Preußen damals mit einem festen Willen und einer gehörigen Portion Derbheit in den höchsten Regionen, zu erreichen im Stande war; mochte auch die feinere diplomatische Gewandtheit Friedrich Wilhelm I und seinen vertrauten Räthen nicht minder wie dem höfischen Kreise seines Vorgängers abgehen. Interessant ist es namentlich an der Hand der holländischen Gesandtschaftscorrespondenz den Eindruck zu verfolgen, welchen die europäische Diplomatie von dem Eintreten dieses neuen Fürsten in den Kreis der gekrönten Häupter empfing. In der niederländischen Republik hatte man besondere Ursache mit besorgter Spannung auf den Regierungsantritt dieses herben, eifrig von dem Bewußtsein seiner Rechtsansprüche durchdrungenen Monarchen zu blicken. Vor den Augen des Königs hatten die Minister sich umarmen und geloben müssen, sich wie Brüder lieb zu haben und jenen unseligen gegenseitigen Verhetzereien den Rücken zu kehren, welche während der vorigen Regierung dem Lande so großen Schaden zugefügt[76]. Zu seinem Schrecken erfuhr Lintelo, daß der kürzlich noch mit dem Kronprinzen gespannte und der Republik so unbequeme Grumbkow den entschiedensten Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten ausübe. Mit dem General übereinstimmend findet er Ilgen, Printzen und Bieberstein von den feindseligsten Gesinnungen gegen die Republik bestimmt[77]. Zu seinem Entsetzen ist der König durchaus in die Hände jener leidenschaftlichen Leute gefallen, welche ihm rathen, so viel Truppen als möglich zu halten, um sich in der Welt gefürchtet zu machen[78]. Graf Dohna, obgleich persönlich dem Könige lieb

76) Lintelo 28. Februar 1713. Heinsiusarch. Ms.

77) Derselbe 11. März 1713.

78) Derselbe 18. März 1713.

und theuer, dem holländischen und kaiserlichen Interesse zugethan, könne steif und ungeschickt jenen Intriguen nicht widerstehen. Sogar die kaiserliche Partei habe ihren Credit bei Hofe völlig eingebüßt. Der König verlange, daß die Gesandten mit ihm persönlich conferiren sollten[79]). Beängstigender noch als die offene Feindseligkeit sei aber der Vorschlag des Königs, sich selbst zum Heerführer und Beschützer der Republik aufzuwerfen. Das Schlimmste sei von diesem Monarchen zu befürchten, welcher ausdrücklich erklärt, daß seine ganze Liebe seinen Truppen gehöre. Entsetzlich, daß man sich von Grumbkow sagen lassen müsse, der Republik sei der Lebensathem ausgegangen, sie sei ein Spielball in der Hand jedes kräftigen Fürsten geworden. Um diesen schrecklichen „Faiseur Grumbkow" zu beseitigen, möge Lord Albemarle einen Brief ausliefern, in welchem der General den König mit dem hochverrätherischen Ausdruck „rohe Bestie" titulirt habe[80]).

Wenn jemals eine naturwüchsige Sprache in der hohen Politik trefflich angebracht gewesen, so war es diejenige, welche König Friedrich Wilhelm I, der zweite Gründer des modernen preußischen Staates am Vorabend des Friedensschlusses zu den holländischen Krämern redete. Sie verfehlte ihre Wirkung nicht. Sie machte in England wie in Holland Eindruck. Zwar versicherte Lord Strafford seit dem Tode Friedrichs I nicht mehr an Preußen gebunden zu sein[81]). Aber zwei Monate später zeigte der holländische Gesandte an, daß neuerdings wieder 50,000 Thlr. an Strafford ausbezahlt worden seien. Die neue preußische Regierung hatte das Mittel gefunden, die Gleichgültigkeit des edlen Lords dennoch zu überwinden[82]).

---

79) Of je met de Kerls (Minister) spreekt dat can net helpen, houd U aan mijn, ick wil U niet ophouden noch bedreegen, zij moeten doch even wel doen wat ick hebben wil hat der König an Lintelo erklärt. Lintelo 21. März 1713.

80) Derselbe 8. August 1713.

81) Goslinga schrieb von Utrecht, Strafford habe erklärt: le Roi Frederic etant mort et son successeur une b . . . . e, il ne se meeroit plus de cette affaire. Goslinga an Heinsius 4. März 1713. Heinsiusarch. Ms.

82) Lintelo 16. Mai 1713.

In England selbst theilte sich die wachsende Spannung zwischen den beiden Chefministern auch der Behandlung der geldernschen Frage mit. Der Lordschatzmeister verwünschte die Einmischung Straffords und versicherte dem holländischen Gesandten, daß England das Oberquartier gerne in holländischem Besitze wisse und keine Entschädigung Preußens aus diesem Gebiete dulden werde [84]). Ermuthigender indessen lautete die Auskunft, welche Bolingbroke seit dem Regierungswechsel gab. Gerade Lord Strafford in Utrecht war sein vertrautestes Organ. Man möchte glauben, daß auf einen Charakter wie Bolingbroke die veränderte Haltung des Berliner Hofes nicht ohne Eindruck geblieben.

Die Furcht Hollands vor dem Zorne Friedrich Wilhelms und der Wunsch Englands, sich mit Rücksicht auf die nordischen Angelegenheiten Preußen nicht völlig zu entfremden, gab endlich den Ausschlag. Durch die Drohung Straffords, im Falle längerer Weigerung von Seiten Oesterreichs der preußischen Regierung das ganze Oberquartier zuzuwenden, ward in letzter Stunde der Widerstand des Kaisers überwunden. Am längsten und feindseligsten hatte die Mißgunst desselben Karls VI gegen Preußen ausgehalten, für dessen spanisches Erbrecht Preußen die Jahre des Krieges gekämpft und für dessen Kaiserwahl Preußen im Jahre 1711 so eifrig in die Schranken getreten war. Außer der europäischen Anerkennung der Königskrone, außer der Bestätigung des hohenzollernschen Erbfolgerechtes in Neufchatel empfing Friedrich Wilhelm im Utrechter Frieden ein etwa fünfzigtausend Seelen ernährendes Stück des geldernschen Oberquartiers mit der Stadt Geldern als Hauptort des Bezirkes.

Ohne Bitterkeit kann man nicht über die Vortheile nachsinnen, um welche der Mangel eines zugleich willenstarken und gewandten Staatsmannes Preußen in jenen Jahren gleichzeitigen europäischen Krieges im Osten und Westen unseres Staates gebracht hat. Ein geringer Trost liegt höchstens in der Erkenntniß, daß ohne den Thronwechsel des Jahres 1713 Preußen wahrscheinlich mit völlig leeren Händen aus dem französischen Kriege hervorgegangen wäre.

---

84) Vorssele 10. und 11. März 1713. MS.

Einer Festigkeit, wie sie König Friedrich I niemals geeignet, bedurfte es noch um in den wirklichen Besitz des gesammten Cessionsobjectes zu gelangen und während des kläglichen Nachspieles eines kaiserlich-französischen Krieges den Staat vor neuen Aufopferungen, dem Dienste einer verlorenen Sache zu bewahren. Während Preußen den Verträgen gemäß die nachmals Holland zugewandten Positionen an der Maas, Venlo und St. Michel geräumt, mußte erst ein königlicher Befehl General Lottum ermächtigen, in das Staatsgebiet der Republik einzufallen, um die Holländer zur Räumung des für Preußen ausbedungenen Aequivalentes zu bewegen[85]). Auch noch in anderen, die oranische Erbschaft betreffenden Schritten des Königs mochten die Hochmögenden den schneidigeren Luftzug erkennen, welcher jetzt von Berlin aus zu ihnen herüberwehte. Ebenfalls in den preußisch-kaiserlichen Beziehungen regte die geldernsche Frage noch manches Aergerniß auf. Unter mancherlei Vorwänden verweigerte der Kaiser die Ratification des Cessionsvertrags[86]). Die Folge davon war, daß Friedrich Wilhelm dem Interesse seines Staates gemäß, ein dem kaiserlichen Unterhändler zugesagtes Hilfscorps von 9000 Mann zurückzog und sich während des österreichischen Krieges mit Frankreich und Spanien auf die Stellung seines Reichscontingentes beschränkte. Mochten, wie Bolingbroke spottete, „die trunkenen Excellenzen des Reichstages" jetzt Gift und Feuer gegen Frankreich und England ausspeien, es war nicht Friedrich Wilhelms Sache, die Kräfte Preußens und noch dazu unentgeltlich[87]) für einen Kampf aufzuopfern, den lediglich die Weigerung Karls VI, die Markgraf-

---

85) Breton 23. Mai 1713. Rec. off. Ms.

86) Die von Stenzel aus den „historisch politischen Beiträgen" erwähnte Ratifikation des Vertrages zum 12. Mai 1713 kann nicht echt sein. Am 10. Juni fand der englische Gesandte den König noch äußerst ungehalten über die kaiserliche Zögerung „to ratify the treaty of Gueldre." Breton. Rec. off. Ms.

87) Schönborn hat auf die preußische Erklärung, daß der König nicht in der Lage sei ein Extraordinarium ohne Bezahlung zu leisten geantwortet: „that the Emperor wos not used to pay the Contingent of the Empire". Breton 16. Mai 1713 ebend.

schaft Burgau an Max Emanuel von Baiern zu überlassen, verschuldete[88]).

Endlich, endlich stand die Krone Preußens wieder selbständig und zur Selbstthätigkeit befähigt den nordischen Angelegenheiten gegenüber. Nicht ihrem Geschick, sondern der Gunst des Zufalls dankte die preußische Politik, daß es damals überhaupt noch eine nordische Frage, in welcher sie mitreden durfte, gab. Ereignisse, welche außerhalb der Berechnung des Berliner Cabinettes lagen, hatten die ausschließliche Diktatur Schwedens im Norden und Osten zertrümmert, die Alleinherrschaft des russischen Czaren aber noch aufgehalten. Noch war es nicht völlig zu spät geworden, Versäumtes nachzuholen und sei es für Herstellung des Gleichgewichtes, sei es für ein specielles preußisches Interesse in die nordischen Verwicklungen einzutreten. Wie schon die erste Begegnung Friedrich Wilhelms mit den Seemächten, so bietet auch seine Haltung im nordischen Kriege ein erfreuliches Gegenstück zu der kopfscheuen und nicht einmal durch sittliche Bedenken retardirten Politik des Vorgängers. Vorsicht mit Selbstvertrauen gepaart, selbstbewußte Kraft mit dem Wunsche Billigkeit gegen Freunde und Gegner zu üben vereint, aufrichtige Friedensbestrebung mit dem festen Vorsatze verbunden, dem Staatswohle nichts zu vergeben: das sind die Grundzüge von Friedrich Wilhelms Politik in den vielverschlungenen nordischen Händeln gewesen. Die Regierung Friedrichs I erschien uns um so trostloser, je tiefer wir den verborgenen Zügen der preußischen Politik nachspürten. Gerade das Gegentheil ist der Fall, wenn man für die Anfänge der Regierung Friedrich Wilhelms I und seine Behandlung der nordischen Kriegsfrage die Correspondenzen der fremden, in Berlin beglaubigten Gesandten zu Rathe zieht. Sogar Ilgen, der einzige Staatsmann aus Friedrichs I Zeit, zu sehr in die Politik der doppelschneidigen und doch nur halben Maßregeln, in die superklugen Finessen der vorigen Periode verliebt, tritt damals hinter dem Könige und seiner persönlichen Initiative in den auswärtigen Geschäften zurück. Ge-

---

88) Protokoll der holländischen Gesandten über die Schlußconferenz zwischen den französischen Bevollmächtigten und dem kaiserlichen Gesandten Kirchner vom 21. Mai 1713. Heinsiusarch. Ms.

rechtfertigter als man gewöhnlich zu urtheilen pflegt, erscheint uns auf Grund jener Correspondenzen das nicht mehr aufgedrungene sondern wohlgerüstete Zaudern Friedrich Wilhelms dem nordischen Kriege gegenüber, wenn er die äußersten Anstrengungen aufbietet um seinen älteren und neueren Verpflichtungen gegen das Haus Gottorp nachzukommen, wenn er vergeblich zwar die erschlaffte Kraft der Seemächte und das eigennützige Hannover anspornt um das Recht Gottorps in Schleswig gegen Dänemark zu wahren, wenn er gleichzeitig keine Verdrießlichkeiten scheut, um seiner eigenen Abneigung gegen Schweden und der Verblendung Karls XII zum Trotze den Frieden im Reiche und die von seinem Vorgänger beschworenen Verträge mit Schweden aufrecht zu halten. Aber wenn er sich auch vermißt, der einzige unter den zeitgenössischen Souveränen, sogar in Geschäften der hohen Politik strenge Rechtlichkeit zu üben, bleibt er sich doch bewußt, was er dem Staate schuldet. Er vergißt keinen Augenblick, daß es Unredlichkeit gegen den Staat, dessen Repräsentant und arbeitsamer Diener er ist, bedeuten würde, wollte er eine fremde Macht, Rußland oder Polen sich an der pommerschen Küste einnisten lassen. Dieser Gruudsatz steht fest, und richtig haben die englischen und holländischen Gesandten ihn schon frühe enträthselt, daß, wenn Pommern der Krone Schweden entfallen soll, keine andere Macht als Preußen künftig in Stettin gebieten darf. Vergebens aber drängt ihn Peter für den Preis Stettins das Haus Gottorp seinem Schicksale zu überlassen [89]). Gerade die russischen Anträge gefallen ihm am Wenigsten. Er verbeißt lieber seinen Groll gegen den hochmüthigen Schwedenkönig, versucht noch in letzter Stunde, falls Hannover willig, als Friedensstifter zu wirken, oder wäre erbötig gewesen, gemeinsam mit Frankreich und den Seemächten gegen das übermüthig emporgekommene Rußland in Action zu treten [90]). Tief gekränkt von Karl XII, will er alle Kräfte des Staates doch für die gefallene Großmacht Schwedens einsetzen, nur freilich nicht unbezahlt, wie sein Vorgänger im französischen Kriege; wenigstens soll Schweden das mit baarer Zahlung von Ruß=

89) Czar Peter an Friedrich Wilhelm I 16. November 1713 alt. St. Copie aus dem Rec. off. Breton 27. Januar 1714. Ms.

90) Breton im Mai 1714 und 9. Juni 1714. Lintelo 5. Mai 1714. Ms.

land und Polen erkaufte preußische Sequester Stettins in eine rechtskräftige Cession umwandeln.

In der That kein gerechtfertigter Grund lag für die kriegsscheu gewordenen Seemächte vor, über die preußische Zweideutigkeit entrüstet aufzuschreien, weil Friedrich Wilhelm, nachdem Karl XII selbst über sein Loos entschieden und die preußische Feindschaft gewählt hatte, sich keine Bevormundung Englands und Hollands mehr gefallen lassen, weil er Pommern keinem andern Gegner Schwedens preisgeben wollte. Keinen Grund gibt es zur splitterrichtenden Klage über Preußens Ehrgeiz und Habsucht, weil Friedrich Wilhelm, nachdem der Würfel gefallen und seine vielleicht zu gewissenhaften Friedensbestrebungen gescheitert waren, unbekümmert um Widerspruch und Aergerniß auf rechter und linker Seite, sein Ziel in gestrecktem Laufe verfolgte und schließlich trotz alles Neides der ehemaligen Verbündeten eine Entschädigung für die Versäumnisse des Erbfolgekrieges einbrachte.

Doch wir eilen damit schon über unsere Aufgabe hinaus. Hoffentlich wird bald der nächste Band von Droysen, aus den reichen, bisher noch beinahe unbekannten Schätzen des preußischen Staatsarchivs geschöpft, uns dem trüben Eindruck entreißen, welchen die ersten dreizehn Jahre königlich preußischer Politik dem heute rückblickenden Beobachter aufzwingen.

Die Politik Friedrichs I und leider auch die spätere Politik des für einen modernen europäischen Staatsmann zu gewissensstrengen Nachfolgers durfte allen spätern Regenten und auswärtigen Ministern zu warnender Mahnung dienen. Preußen, so oft es sich auf die Gunst und Gefälligkeit der andern Mächte verließ, erntete jedesmal Undank, erlitt jedesmal eine empfindliche Einbuße. Im siebenzehnten und achtzehnten Jahrhundert war dies nicht anders, wie im neunzehnten. Ihre großen und dauernden Erfolge hat die preußische Politik wider den Wunsch und die Zustimmung der großen und kleinen europäischen Mächte errungen. Was es in der Welt bedeutet hat und was es noch bedeuten wird, soll Brandenburg-Preußen dem Vertrauen auf seine eigene Kraft, dem spontanen Impulse und der selbstthätigen Aufopferung seines Volkes und seiner Fürsten danken.
